

Danziger Volksstimme

Einzelpreis 10 Danziger Pfennig

Bezugspreis monatlich 2,50 Gulden, wöchentlich 1,00 Gulden, in Deutschland 2,00 Goldmark, durch die Post 2,50 Gulden monatlich. Anzeigen: die 4. Seite 0,30 Gulden, Reklamette 1,00 Gulden, in Deutschland 0,70 und 1,50 Goldmark. Abonnements- und Internatenaufträge in Polen nach dem Danziger Tageskurs.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 119

Donnerstag, den 22. Mai 1924

15. Jahrg.

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6.
Postfachkonto: Danzig 2945
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720,
für Anzeigen-Annahme, Zeitungs-
bestellung und Drucksaal 3290.

Die Neubildung der Reichsregierung.

Tirpitz als deutschnationaler Kanzlerkandidat.

Die gestrigen Verhandlungen zwischen den Mittelparteien im Reichstag und den Deutschnationalen über die Neubildung der Reichsregierung haben sich zerlegt. Die Deutschnationalen stellen den Antrag, eine gemeinsame Entschliessung dahin zu fassen, daß als vorläufiger Reichskanzler der Großadmiral v. Tirpitz in Betracht komme. Dieser Antrag der Deutschnationalen wurde von den Mittelparteien abgelehnt, und zwar teils aus persönlichen Bedenken gegen den vorgeschlagenen Kanzlerkandidaten, teils mit der Begründung, man würde durch dieses Verfahren der Entscheidung des Reichspräsidenten vorgreifen, dem verfassungsgemäß allein die Ernennung des Kanzlers obliege. Auch begehe man einen Treubruch gegen den derzeitigen Kanzler Dr. Marx, der das volle Vertrauen der Mittelparteien habe, wenn man sich hinter seinem Rücken über einen neuen Kanzler einig. Ueber die von den Mittelparteien vorbereitete Plattform ist in der gestrigen Besprechung überhaupt nicht verhandelt worden, nachdem die Deutschnationalen die Personalfrage in den Vordergrund gestellt hatten.

Ueber die Haltung des Zentrums, das gestern nachmittag noch zu einer Fraktionsitzung zusammengetreten war, teilt die „Germania“ mit, daß es für das Zentrum ausgeschlossen sei, die deutschnationalen Taktik, bestimmte Persönlichkeiten in den Vordergrund zu schieben, mitzumachen. Nur das von den Mittelparteien vereinbarte antepolitische Programm könne die Grundlage von Verhandlungen mit den Deutschnationalen bilden.

Die Politik der neuen Männer Frankreichs.

Der Abgeordnete Perriot wird nach dem „Petit Parisien“ heute in Paris erwartet. Nach Darstellung des Blattes wird Perriot, selbst wenn die Sozialisten nicht in die Regierung eintreten sollten, am 1. Juni das Kabinett bilden. Er gedenke wie Poincaré das Amt als Ministerpräsident und Außenminister selbst zu übernehmen.

Der Pariser Berichterstatter der „Beaumont Gazette“ meldet: Poincaré habe über die Ruhepolitik Frankreichs erklärt, daß die militärische Besetzung eine untergeordnete Frage geworden sei angesichts der Annahme des Sachverständigenberichts, der die volle Anerkennung der neuen Mehrheit der Völker erhalte. Die Besetzung könne vielleicht in einem verhältnismäßig baldigen Zeitpunkt eingestellt werden, wenn die Deutschen die Bedingungen des Sachverständigenberichts durchgeföhrt hätten. Es sei jedoch notwendig, etwas Zeit verstreichen zu lassen, damit die französische Öffentlichkeit sich an den Gedanken gewöhne, daß die Lage mit Bezug auf das Ruhrgebiet durch den Bericht Dawes vollkommen geändert sei.

Kommunisten und Gemeindevahlen.

Niederträchtige Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie.

Die Hauptfront der Arbeiterchaft bei den kommenden Gemeindevahlen am 25. Mai richtet sich naturgemäß gegen die bürgerlichen Parteien. Das Bürgertum sorgt schon durch seine bekannten Bürgerökonomiehandeln selbst zur Genüge dafür, daß die Arbeiterchaft den Gegensatz zwischen den eigenen Interessen und der Oligarchen- und Interessenwirtschaft des Bürgertums nicht vergißt. Namentlich in den Landgemeinden, in denen die Arbeiterchaft erst durch die Revolution auf die Verwaltung einen Einfluß erlangt hat, acht der Kampf in erster Linie gegen die Bürgerbürokratie. Leider ist das nicht die einzige Front, die der Arbeiterchaft gegenübersteht. Die Kommunisten, die häufig mit eigenen Lügen auftreten, sind auch in der Gemeindepolitik genau wie in der Reichspolitik, fast stets die Schrittmacher der Reaktion und der bürgerlichen Parteien.

Während die Sozialdemokratie seit Jahrzehnten ein anerkanntes Kommunalprogramm besitzt und in lauer Arbeit und Erfahrung sich Ansehen und Einfluß weit über die Grenzen der Sozialdemokratischen Partei hinaus verschafft hat, jedoch man die Gemeindepolitik mit Recht als die ureigene Domäne der Sozialdemokratischen Partei bezeichnen kann, haben die Kommunisten kein Kommunalprogramm. Sie stehen auch zur Gemeindepolitik in keinem engeren Verhältnis. Gerade hier zeigt sich noch viel deutlicher als bei den großen politischen Fragen die vollkommene Unfruchtbarkeit der nur auf Radau und „Aktionen“ eingesetzten kommunistischen Taktik. Wirkliche erfolgreiche kommunale Arbeit läßt sich nur betreiben, wenn man an der Verwaltung verantwortlich teilnimmt, für ihr finanzielles und wirtschaftliches Gedeihen eintritt und gewillt ist, die Leitung der Geschäfte zu übernehmen. Das bedingt selbstverständlich ein Arbeiten auf gefestigtem Boden und ein Ansehen aller Möglichkeiten, die der Arbeiterchaft heute gegeben sind. Dafür scheiden die Kommunisten von vornherein aus. Eine solche Arbeit wollen sie nicht leisten. Verantwortung wollen sie nicht übernehmen, denn dann würden sie ihren Anhängern offen sagen müssen, daß auch sie gescheitert sind, mit Zahlen zu rechnen und auf dem Boden gegebener Verhältnisse zu arbeiten. Die Rolle dieses Verhaltens der Kommunisten ist naturgemäß die, daß eine Arbeitermehrheit, die nur mit Hilfe der Kommunisten zustande gekommen, für die Arbeiterchaft niemals voll ausgenutzt werden kann. Die Entwicklung in der SPD, die ihrem letzten Parteitag wird außerdem alle Anzeichen an reformistischer, d. h. vernünftiger Mitarbeit mit der Sozialdemokratie rückwärts anmerken. Eine Arbeitermehrheit, die fruchtbar Arbeit leisten soll, kann sich deshalb heute nur auf die Sozialdemokratie stützen.

Die Kommunisten sorgen auch sonst in den Gemeindeparkamenten dafür, die Arbeiterbewegung mit allen Mit-

teln zu diskreditieren. Ihre bewußt sinnlosen Anträge, mit denen sie auf Anweisung ihrer Parteileitung planmäßig die Gemeindeparkamente überschwemmen, haben meistens nur den Erfolg, daß sie das wirkliche Eintreten der Sozialdemokratie für die Interessen der Volksmassen hemmen. Der Radau, mit dem sie durch Veranstaltung von Demonstrationen, Krach auf den Tribünen usw. ihre Agitationsanträge begleiten lassen, diskreditiert in den Augen der Bevölkerung des Parlamentarismus und den Gedanken der Selbstverwaltung. Er bereitet bei indifferenten Volksmassen der Agitation der Deutschnationalen und Deutschnationalen für die Errichtung einer Diktatur, die Ordnung schafft, den besten Boden. Er zwingt zur beschämenden Anwendung scharfer Bestimmungen in den Geschäftsordnungen, die man früher nie gekannt hat. Das Bürgertum wird durch diesen Radau niemals geschädigt, es hat an ihm nur seine helle Freude.

Im übrigen richtet sich die Kampffront der Kommunisten auch bei den Gemeindevahlen wieder nicht etwa gegen die Agrarier, Grundstückspekulanten, Kapitalisten und sonstigen Volksfeinde, sondern in der Hauptsache gegen die Partei des arbeitenden Volkes, die Sozialdemokratie. In dem von den Kommunisten verbreiteten Flugblatt zu den Gemeindevahlen heißt es:

Die sozialdemokratischen Führer und ihre Filiale, der Deutsche Landarbeiterverband, wollen jetzt vor den Gemeindevahlen plötzlich wieder radikal werden.

Die sozialdemokratischen Führer waren es, die verhinderten, daß nach der Revolution 1918 die Macht der Kapitalisten und Junker gebrochen wurde, die jede revolutionäre Erhebung der deutschen Arbeiter in einem Meer von Blut zu erstickten halfen.

Die sozialdemokratischen Führer waren es, die in Deutschland den Achtstundentag verraten und im Volksrat Danzig das von der kommunistischen Partei eingebrachte Arbeitszeitgesetz in holder Eintracht mit den deutschnationalen Junkern niedergestimmt haben.

Die sozialdemokratischen Führer waren es, die die Technische Nothilfe geschaffen haben, um jeden Landarbeiterfrei niederzuschlagen zu können, die eure schmerzlichen Kämpfe sabotieren und in Niederlagen verwandeln.

Das bürgerliche Gemeindeparkament soll neu entstehen. Die Bürgerlichen einschließlich der Sozialdemokraten wollen in diesem neuen Gemeindeparkament auch durch rückwärtslos kapitalistische Profitgier vollkommen unterdrücken.

Wir begnügen uns damit, dieses Pamphlet niedriger zu hängen. Wegen dieser kommunistischen Lügen und Verleumdungen zu polemisieren, hieße diesem kommunistischen Verleumdungsprodukt zuviel Ehre antun.

Ein Ausnahmegesetz gegen die Frau.

Fort mit dem Paragraphen 218.

In Berlin fand dieser Tage ein aufsehenerregender Prozeß gegen den Apotheker Heiser wegen Vergehens gegen den § 218 (Abtreibung) statt. Wir bringen an anderer Stelle einen Bericht über den Prozeß. Der „Vorwärts“ nahm dieser Tage gegen den barbarischen Paragraphen des Strafgesetzbuches, der natürlich auch für den Freistaat Danzig gilt, in einem Leitartikel Stellung, den wir nachstehend zum Abdruck bringen. Red. „Danz. Volksstimme“.

Der 55jährige Apotheker Heiser in Berlin, der der Staatsanwaltschaft 400 Namen von Frauen genannt hat, an denen er die Abtreibung mit Erfolg vorgenommen, und der aus freien Stücken außerdem zugab, im Laufe von vier Jahren in 11000 Fällen sein Geheimverfahren versucht zu haben, ist zu nur zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Kur? Allerdings: denn der § 218 bedroht mit einer Strafe von 10 Jahren Zuchthaus denjenigen, der gegen Entgelt einer Schwangeren die Mittel zur Abtreibung verschafft, bei ihr sie anwendet oder sie ihr beigebracht hat.

Gegen die von Heiser genannten 400 Frauen ist ein für die Staatskasse und für das Seelenleben der Angeklagten kostspieliges Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Auf Grund des Opportunistenprinzips ist gegen den Apotheker die Anklage nur hinsichtlich 25 der schwersten Fälle erhoben worden. Das Gericht hat angenommen, daß in keinem einzelnen dieser Fälle eine vollendete Abtreibung stattgefunden hat. Heiser ist deshalb nur des Versuches schuldig gesprochen worden. Er hat auch milde Umstände anzeigend erlassen. Der Richter hat ihm erlaubt, daß er wirklich als fanatischer Gegner des § 218 aus idealen Motiven gehandelt habe und im Gegensatz zu seinen Berufskollegen und in erster Linie Berufskolleginnen sich nicht von Habgier habe leiten lassen. Im Gegenteil: Seine Absicht waren größtenteils Arbeiterfrauen, denen er nicht selten völlig unentgeltlich seine Hilfe angedeihen ließ. Heiser ist aus der Haft entlassen worden, nachdem er ein Jahr zwei Monate Unfreiheitshaft erlitten hat.

Das Urteil des Mannes über den Angeklagten — es war keine Frau als Schlichte anwesend — kommt einem Freispruch für Heiser nahe, es bedeutet ein Verdammungsurteil gegen den Abtreibungsparagraphen. Der § 218 des Strafgesetzbuches ist gerichtet vom Gericht selbst.

Der Apotheker Heiser hat keine Absicht in Wort und Schrift vertreten, hat sie auch im ausgiebigen Maße in die

Die Wähler aus den arbeitenden Volksschichten aber mögen daraus ersehen, daß es den Kommunisten nicht darauf ankommt, in den Gemeindevvertretungen starke Fraktionen zu haben, die die Interessen der Arbeiterchaft gegen die Oligarchenwirtschaft der bürgerlichen Parteien vertreten, sondern auch jetzt nur dem Haß gegen die Sozialdemokratie die Zügel schießen zu lassen und somit der Reaktion zu dienen. Von diesem schändlichen und verbrecherischen Treiben aber wird sich hoffentlich am kommenden Sonntag der gesunde Verstand der Danziger Arbeiterchaft abwenden. Die Antwort auf den niederträchtigen Bruderkrieg der Kommunisten muß am Sonntag in allen Gemeinden sein ein

Sieg der Sozialdemokratie.

Kommunisten und Rechtsblock Arm in Arm.

Bei der Einführung der am 4. Mai für die Stadt Hannover neu gewählten 74 Bürgervorsteher kam es am Montag im hannoverschen Rathaus zu Tumulten. Haupturheber dieser Skandalstücke waren der Führer der Fraktion des rechtsgerichteten Bürgertums, der ehemals saarische Stadtdirektor Tramm, und der Kommunist Jwan Raß. Als der Magistrat den Saal betrat, riefen Raß und Tramm übereinstimmend, ehe formell die Sitzung eröffnet wurde: „Zur Geschäftsordnung“ und wiederholten diesen Ruf unausgesetzt, als Oberbürgermeister Reinert Platz genommen hatte und sich anschickte, die Sitzung zu eröffnen.

„Ordnungsblock“, Welsen und Kommunisten hatten sich verständig, die Einführung durch den Oberbürgermeister Reinert zu verhindern und durch Krach eine Geschäftsordnungsdebatte zu erzwingen, damit der Deutsche Volksrat, Bürgermeister Jint, die Einführung vornehmen sollte.

Oberbürgermeister Reinert erklärte, er habe als Vorsitzender zunächst die Einführung und Verpflichtung der Bürgervorsteher vorzunehmen und könne niemandem vor der Beendigung dieser Handlung das Wort erteilen, auch nicht zur Geschäftsordnung, denn erst müßten die Vertreter im Amt sein, ehe ihnen das Recht auf Ausübung ihres Amtes zustehe. Es folgte sofort lebhafter Widerspruch ein, der durch die Kommunisten noch verstärkt wurde, so daß der Oberbürgermeister zunächst überhaupt nicht zu hören war. Unglaubliche Szenen spielten sich ab.

Die neun Kommunisten unterföhnten den Rechtsblock mit allen Mitteln, entsprechend der zwischen den extremen Flügelparteien getroffenen mündlichen Vereinbarung.

Nur der größten Ruhe des Oberbürgermeisters, der, ungeleitet durch die Drehung der Uhrfunktion in die Taktik feiten, zur Durchführung der Amtseinführung schritt, ist es zu verdanken, daß eine Schlägerei verhindert wurde. Späterhin legte sich der Lärm etwas. Die Bürgervorsteher wurden einzeln entsprechend den Vorschriften durch Handschlag verpflichtet. Ein Rechtsblockschmitt zog bei der Amtseinführung einen Handschuh an. Die Kommunisten machten es ihm nach. Die Sitzung endete mit einem abermaligen Uhrfunktionsradau der Fraktionen Tramm (Bürger-Ordnungsblock) und Raß (Komm.).

Praxis umgesetzt und war schließlich auch bereit, sich für sie ans Zuchthaus schlagen zu lassen. Das milde Urteil wird nicht ihn allein überrascht haben. Wer weiß, ob auch jedes andere Gericht seine Handlungen ebenso beurteilt hätte! Der Staatsanwalt, der fünf Jahre Zuchthaus verlangte, hatte von seinem Standpunkte aus und von demjenigen des Gesetzes recht. In dieser Forderung lag verhältnismäßig Konsequenz. Das Gericht, das den Angeklagten nur zu einer milden Strafe verurteilt und ihn nicht mit einer Bewährungsfrist bedacht hat, war nichts weniger als das. Man geht kaum fehl in der Annahme, daß ein Geschworenengericht den Apotheker ohne weiteres freigesprochen hätte.

Er mag der phantastische Idealist sein, als den ihn Genossin Dr. Beigekeder, die als Sachverständige auszufragen hatte, bezeichnet hat. Er mag sich zu „eine fixe Idee“ verurteilt haben, wie die Urteilsbesprechung sich über ihn ausdrückt. Vom Standpunkt des Gesetzes aber wird er deshalb nicht weniger gefährlich. Im Gegenteil: In den Augen eines Gerichtes, das konsequent auf dem Standpunkt dieses verdammungswürdigen Paragraphen stehen würde, hätte er um so gefährlicher erscheinen müssen, denn die Fanatiker sind doch immer die Gefährlichsten, weil sie sich in ihrer Taktik keine Schwünge annehmen.

Weshalb ist nun das Gericht zu einem so milden Urteil gelangt? Es hat nicht zu einem Freispruch kommen können, weil es an den Befehlen des Gesetzes gebunden ist. Es hat dem Bruchtaben des Gesetzes nicht folgen können, weil es sich des Gutachtens des Professors Quebrten nicht hat verschließen dürfen. Der aber sprach nicht allein als Arzt — er war Richter und Richter zugleich. Er sprach sein vernichtendes Urteil über den § 218 aus. Und diesem Urteil mußten sich die Richter fügen, wenn nur noch ein Funken menschlichen Mitfühlens in ihnen war. Dieses Mitfühlens nicht mit Heiser, sondern mit den 25 Jungfrauen, die im Namen der Frau, der namenlosen Zulgerin, der Frau aus der ganzen zivilisierten Welt, für sich plädierten und gegen die Männerwelt Anklage erhoben. In schlichten Worten offenbarte eine der Zeuginnen die Tragik vieler: „Mein Bräutigam drohte mir mit Erschießen,“ erklärte sie unter Tränen, „dann hat du ein Kind und keinen Mann. Die Eltern drohten mit dem Hinauswerfen, da hätte ich ins Wasser gehen müssen. Heiser wurde so mein Lebensretter.“

Hier ist nur ein Teil der Motive für die Abtreibungen bloßgelegt. Der Mann will nicht das Kind, die Eltern der

Schwangeren wollen nicht die „Schande“, die zukünftige Mutter beginnt selbst zu glauben, daß das uneheliche Kind eine „Schmach“ ist. Ist es denn nicht wirklich in den Augen vieler immer noch eine „Schmach“? Das ist feilsche Not der unehelichen Mutter und des unehelichen Kindes. Stärker wirkt die soziale Not in ihrer schärfsten Form. Die bereits Lebenden finden nicht die menschennotwendige Nahrung und Wohnung. So wird es Pflicht gegen sich selbst und gegen die bereits vorhandenen Kinder, auf Nachwuchs überhaupt oder weiteren Nachwuchs zu verzichten. Die Fortpflanzungsfähigkeit wird zum Duell der beständigen Angst um die eigene Zukunft. Der Staat steht machtlos da, nicht nur, weil er nicht helfen will, sondern weil er auch nicht helfen kann. Er ist nicht imstande, den im Mutterleibe sich regenden zukünftigen Bürgern ein Existenzminimum zu gewährleisten, er ist auch nicht in der Lage, vor Degenerationen, enghirniger Krankheit, Tuberkulose zu schützen. Er verfährt nicht über die nötigen sozialen Institutionen, um den neugeborenen Kindern physische Aufsicht und seelische Erziehung zu gewähren. Trotzdem aber verbietet er die Anpreisung sicherer Mittel gegen die Empfängnis, befragt er mit schmerzlichen Strahlen zukünftige Mütter, die im Bewußtsein ihrer Mutterpflicht die Geburt eines Kindes verhindern wollen, wirft er ins Gesangs auch Ärzte, die operativen Eingriff mit sachkundiger Hand vornehmen.

Früher hieß es: die Abwehr gegen den äußeren Feind verlangt ein zahlenmäßig starkes Volk, die Oberste Heeresleitung bedarf des Kanonenfutters. Menschen wurden geboren, um in der Volkshütte ihres Lebens hingemordet zu werden. Heute hoffen wir, daß diese Zeit nie wieder kommt. Wir wollen ein gesundes, schönes, Kulturwerte mit Hand und Kopf schaffendes Volk. Wir fordern von Rassenhygiene. Und aus rassenhygienischen Gründen des kulturellen Aufstiegs des Volkes können wir in der hohen Bevölkerungszahl allein nichts Besüdendes sehen. Es wird schon einmal eine Zeit kommen, wo jedem deutschen Rentner ein Platz an der Sonne gesichert sein wird, darum daß es bald so weit komme, acht unier Sehen und Schallen. Heute jedoch sind wir noch weit davon entfernt. Dann aber wird die Bevölkerung und in erster Linie das Proletariat das Glückgefühl der Vater- und Mutterpflicht reichlich auskosten. Dann nicht es für die Frau keinen größeren Verzicht als den, nicht Mutter sein dürfen, und keine größere Sonne als die, als Mutter sein.

Dieselben Kreise aber die alles getan haben, das deutsche Volk in das Kriegsumfeld zu führen, die während des Krieges die deutsche Finanzwirtschaft ruiniert haben, die nach der Revolution durch die Zerstörung der Institution den letzten Rest des Wohlstands des deutschen Volkes brennend gelassen haben, die die seelische und seelische Not des Proletariats und des proletarischen Mittelstandes bis ins Ungemeinerliche gesteigert haben — dieselben Kreise sind es oft, die sich in eine moralische Pose werfen, die bei ihnen nicht mehr als eine Pose ist, über die Unmoral des Volkes Zeiter und Warden schreiben, rassenrein wie sie sind, jedem rassenhygienischen Gesichtspunkte ins Gesicht schlauchen, das Andern gehören, sollte es, was es sollte, der Frau vor Willkür machen. Es scheidet sie verdammt wenig, wie und wann die Kinder später zurundegeben.

Der Blutsonntag von Halle vor dem preußischen Landtag.

Die Provokation der Reaktion in Halle und die damit verbundenen bedauerlichen blutigen Vorgänge haben die tiefste Empörung im republikanischen Deutschland und besonders in den Reihen der Arbeiterklasse hervorgerufen. Mit großer Spannung erwartete man daher gestern im Preussischen Landtag die Beratung einer sozialdemokratischen und einer kommunistischen Anfrage über die Vorgänge in Halle. Gemeinsam mit den beiden großen Anträgen wurde noch eine solche der Deutschnationalen über das Verbot von öffentlichen Umzügen durch den Innenminister behandelt.

Die sozialdemokratische Anfrage fordert Absankt vom Staatsministerium, namens es die Veranlassungen unter freiem Himmel am 11. Mai in Halle genehmigt habe, während alle entsprechenden Veranstaltungen der Arbeiterklasse am 1. Mai ausdrücklich verboten worden seien. Das Ministerium wird aufgefordert, dafür zu sorgen, daß bei der Handhabung der polizeilichen Befugnisse Rücksicht nicht minder, wie in diesem Falle, verschärfte Strafmassnahmen mit verhältnismäßigem Maße gemessen werden. Abg. Gen. Dr. Sachsisch beantragte die sozialdemokratische große An-

Schleiermacher als „Hochverräter“.

In der Gegenwart spielen Anklagen wegen Hochverrats eine große Rolle. Der gesamte Reichsverband ist allenthalben in der freien Meinungsäußerung der Zeitgenossen nicht davon zu erschrecken. Denn wenn, wie im Falle Schleiermachers, die Sache und so vielen anderen, die Öffentlichkeit auf Dinge aufmerksam gemacht wird, die nur im Interesse des Vaterlandes liegen, so gehört ihnen gleichwohl nicht geringere Aufmerksamkeit als in diesem Falle, verschärfte Strafmassnahmen mit verhältnismäßigem Maße gemessen werden. Abg. Gen. Dr. Sachsisch beantragte die sozialdemokratische große An-

klage gegen Schleiermacher als Hochverräter. In der Gegenwart spielen Anklagen wegen Hochverrats eine große Rolle. Der gesamte Reichsverband ist allenthalben in der freien Meinungsäußerung der Zeitgenossen nicht davon zu erschrecken. Denn wenn, wie im Falle Schleiermachers, die Sache und so vielen anderen, die Öffentlichkeit auf Dinge aufmerksam gemacht wird, die nur im Interesse des Vaterlandes liegen, so gehört ihnen gleichwohl nicht geringere Aufmerksamkeit als in diesem Falle, verschärfte Strafmassnahmen mit verhältnismäßigem Maße gemessen werden. Abg. Gen. Dr. Sachsisch beantragte die sozialdemokratische große An-

frage: Wie die Genehmigung zur Abhaltung des Deutschen Tages in Halle gegeben werden konnte, ist für uns ein vollkommenes Rätsel, nachdem vorher alle öffentlichen Aufzüge der Arbeiterklasse verboten worden waren. Alle einschränkende Maßregeln für die Feier des Deutschen Tages sind von der Polizei nicht in genügendem Maße beobachtet worden. Auch die Reichsbahnverwaltung hat die einschränkende Maßregeln nicht beachtet. Das muß mit aller Deutlichkeit festgestellt werden.

Wie war nun der Verlauf der Ereignisse? Am Sonntagabend gab es schon eine Art Vorfeier. Aber schon am Montagabend waren die Teilnehmer des Deutschen Tages fast und bald trat Ludendorff in den Vordergrund des Deutschen Tages. Schon am Vorabend kam es zu ausgeprägten monarchistischen Kundgebungen. Läßt man die nackten Tatsachen nüchtern auf sich wirken, dann muß man feststellen, daß das ganze nichts anderes als eine große militärische Speerschau war. Glücklicherweise ist dafür gesorgt worden, daß die einzelnen Bilder und Szenen dieser Speerschau photographisch und kinematographisch festgehalten wurden. Das gilt vor allem für das große Paradebeispiel auf der Rennbahn. Nicht so sehr die preussischen Farben und die alten Reichsfarben, als vielmehr die farbigen Farben und Fahnen standen im Vordergrund. Bei der großen Speerschau auf der Rennbahn wurde die Front abgegriffen, und zum Schluß gab es eine Kavallerie-Attacke. Hier war es Prinz Oskar von Preußen, der die Parade entgegennahm. Dann erfolgte der Rückmarsch in die Stadt. Man hätte annehmen sollen, daß schon aus Rücksicht auf die gespannte politische Lage in Wahlkreis Halle dieser Rückmarsch sich an die polizeilichen Bestimmungen halten würde. Nichts dergleichen war jedoch zu beobachten.

Und wie verhielt sich nun die Polizei? Auch bei der objektiven Einstellung ihr gegenüber muß festgestellt werden, daß sie mit zweierlei Maß gemessen hat. Am Morgen noch war auf die Kommunisten, die sich nicht an die Verordnungen halten wollten, geschlossen worden. Am Nachmittag zogen die Rechtsdemonstranten ohne Rücksicht auf irgendwelche Verordnungen durch die Stadt. Die Polizei jedoch verhielt sich ängstlich, irgendwie gegen diese Rechtsdemonstrationen vorzugehen. Zu gleicher Zeit wurden die Kommunisten im Volkspark abgegriffen. Wir konnten in Halle die Wiederkehr des traurigen Schauspiel beobachtet, das sich vor kurzem im Reich abspielte hat. Rücksichtslosigkeit der Reichsgewalt gegenüber Schweden und Thüringen, weil es sich dort um die Haltung der Arbeiterklasse handelte, überzogene Rücksicht gegenüber Bayern, weil dort rechtsradikale Elemente gegen die Reichsgewalt antraten. Die Staatsgewalt betätigt sich anstrengend in diesen schmerzlichen Situationen in der Linie des geringsten Widerstandes. Es ist jedoch klar, daß auf diese Weise die Staatsautorität zum Zenit geht.

So wie bisher — das müssen wir mit Nachdruck betonen — kann es unter keinen Umständen weitergehen. Nicht aus innerpolitischen Gründen und nicht aus außenpolitischen. Das Ausland gibt uns nicht Hunderte von Millionen Treuebescheide, wenn die Gefahr eines feindseligen Parades vor der Tür steht. Wir fordern energische Stärkung der Staatsgewalt. Wir verlangen, daß staatlichen Behörden die Teilnahme an feindseligen Demonstrationen verboten wird. Wir und der feine Heberzeugung, daß der Innenminister wenn er die Staatsgewalt mit feiner Hand zu handhabieren versucht, im ganzen Lande die Republikaner zu seiner Unterstützung herbei finden wird. (Beifall.)

Eine baltische Staatenkonferenz.

Die schon mehrfach erwähnte Konferenz der Vertreter Estlands, Letlands und Litwendens, wurde am 19. Mai in Rom vom Ministerpräsidenten Gaidamukas eröffnet. Die Konferenz soll eine Konsolidation und den wirtschaftlichen Zusammenhalt der drei Staaten erreichen. Gaidamukas sagte in der Eröffnungsrede u. a., daß die drei Staaten dazu bemüht seien, den Frieden des Friedens wegen auszubauen, alle Kräfte zu diesem Zweck zu heften und unter den Völkern die Zusammengehörigkeit, die Pflicht der Verantwortlichkeit zu erfüllen. Weitere gemeinsamen Konferenzen werden die Ziele zeigen, die für die Unabhängigkeit dieser drei Nationen notwendig sind. Das ist in erster Linie die Unabhängigkeit und die Errichtung einer unversöhnlichen Schiedsinstanz für die Entscheidung der Streitigkeiten. Wir

streben danach, Mittel zu finden, in die Rauern zwischen den Wirtschaften der einzelnen Staaten eine Brücke zu legen, daß wir die Früchte der Arbeit unserer Völker austauschen können. Die Konferenz muß ferner nach praktischen Wegen suchen, die den Bürgern unserer Länder gestatten, die Grenze zu überschreiten, um den wirtschaftlichen und intellektuellen Zusammenhalt unserer drei Staaten zu beschleunigen. Im Namen der beiden anderen Delegationen erwiderte der Minister des Neuhern von Letland. Der lettische Finanzminister äußerte sich in einem Gespräch mit Journalisten, daß er die Freigabe der Romm-Nibauer Eisenbahnlinie durchzuführen versuchen werde, da die Zukunft Libaus, das in Friedenszeiten durch seinen Export Waren aus der Ukraine und Litauen bezog, davon abhängt. Das Ergebnis der Konferenz werde zweifellos eine Einigung über den Austausch der einheimischen Industrie-Erzeugnisse und landwirtschaftlichen Produkte der drei Staaten ohne Zollerhebung und Formalitäten sein. Die Konferenz dauert bis zum 22. Mai.

Das juristische Gutachten im Bergarbeiterkonflikt.

Auf die vom Reichsarbeitsministerium vorgelegte Frage: „Welche Arbeitszeit galt am 1. Mai 1924 im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau für die Arbeiter unter Tage?“ haben die vom Reichsarbeitsministerium einberufenen Sachverständigen das folgende Gutachten beschlossen: „Am 1. Mai 1924 war die Arbeitszeit in folgender Weise geregelt: 1. die Normalarbeitszeit betrug 7 Stunden nach Maßgabe des § 2 des Manteltarifs, 2. zugleich bestand die Verpflichtung zur Leistung einer Ueberstunde nach Maßgabe des Tarifabkommens vom 29. November 1923, 3. bei der Schwierigkeit der rechtlichen Beurteilung ist nicht anzunehmen, daß die Weigerung der Arbeitnehmer zur Leistung der Ueberstunde auf ein schuldhaftes, vertragswidriges Verhalten zurückzuführen ist. Die Sachverständigen werden zu diesem Gutachten eine Begründung ausarbeiten, die der Öffentlichkeit gleichfalls mitgeteilt werden wird.“

Ein „Haus der Arbeit“.

Vom Juni bis August dieses Jahres findet in Aufsig a. G. (Tschscholomafel) eine große Ausstellung für „Kultur und Wirtschaft“ Deutschböhmens statt. Zwischen den Hallen und Schaustellungen von Industrie, Handel und Landwirtschaft wird sich sichtbar schon vom Hauptort der Ausstellung, ein erhabener, wichtiger Bau erheben, hoch überregt von der roten Fahne — das „Haus der Arbeit“. Mit solidarischen Kräften errichteten es die deutschböhmisches Gewerkschaften, Konsumgenossenschaften, Krankenkassen, die Zentralstelle für das Bildungsweien der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und die Kulturorganisationen, um Entwicklung und Größe, Schwäche und Errungenschaften des deutschböhmisches Proletariats der Welt zu zeigen. Noch gibt es keine eigene proletarische Kultur. Aber die kulturellen Werte, die das Proletariat schon innerhalb der kapitalistischen Welt aus eigener Klassenkraft, mit eigenem Massenbewußtsein schafft, sie sollen im „Haus der Arbeit“ sichtbar werden. Das deutschböhmisches Proletariat baut sein proletarisches Museum.

Am 27. Mai Reichstagszusammentritt.

Der bisherige Reichstagspräsident, Gen. Voeb, beabsichtigt im Einverständnis mit der Reichsregierung, den neuen Reichstag am Dienstag, den 27. Mai, nachmittags 3 Uhr, einzuberufen. Die endgültige Festsetzung der Einberufungsstermin ist jedoch erst möglich, nachdem der bisherige Reichstagspräsident Voeb mit den Parteiführern des neuen Reichstags Rührung genommen hat.

Ein selbstloser Patriot. Einer Meldung aus München zufolge hat Herr von Rahr in einem Besuch an das bayerische Kabinett erklärt, er könne nur dann von seinem Posten als Regierungspräsident zurücktreten, wenn er bis zu seinem 65. Lebensjahre das volle Gehalt bekäme. Mit einer Pension von jährlich 7000 Mark könne er nicht leben. — Rahr war bekanntlich der Stiefvater der Deutschnationalen, weil er so schon gegen den rein „materiellen“ Marxismus zu weitem verstand. In Wirklichkeit war sein Patriotismus nachster Egoismus.

er Schleiermacher sein Verbrechen ernstlich vermisst und ihm bezeugt, daß eine Wiederholung eines nachprüfbar und mit unbedingtem Verbot seiner Dienststelle gestanden werden würde. Am der Verurteilung, die über die Sache geführt wurde, kann man Schleiermacher bedauern, daß seine Lebensumstände nach demselben Verurteilung des Bundesrechts beschränkt ist.

Wenn man sich vergegenwärtigt, daß schon einem Namen wie Schleiermacher ein solches Verbrechen unterstellt wurde, so wird man sich nicht mehr wundern, wenn auch die Reaktionäre vor heute in jeder Kritik über Verurteilung Hochverrat wahren. Sie verurteilen eben auch heute noch in der die Welt unbedingten rassenhygienischen Denkweise aus dem Klunge der 19. Jahrhunderts.

Wiederum ein Verbrechen. In der Wiener Staatsanwaltschaft ist ein Verbrechen, das in Wien nicht erst seit seinem vollenwerden 19. Jahrhunderts überkommenen Umständen, im unbedingten Verbot seiner Dienststelle gestanden werden würde. Am der Verurteilung, die über die Sache geführt wurde, kann man Schleiermacher bedauern, daß seine Lebensumstände nach demselben Verurteilung des Bundesrechts beschränkt ist.

Der Reichstag ist am 27. Mai. Und London wird der Reichstag am 27. Mai. Und London wird der Reichstag am 27. Mai.

das ist nicht etwa die Zeittafel eines Londoner Bahnhofes, das sind nicht Hieroglyphen aus den letzten Spatimeidungen englischer Abendblätter, sondern das ist, wie die Londoner „Evening News“ vom 7. Mai feststellt, die Zeittafel, die die Sprechzeit der Redner im englischen Unterhaus vom 6. Mai anzeigt. Colonel Croft beginnt um vier Uhr. Er hält die verhältnismäßig lange Rede von 11 Minuten. Der nächste Redner setzt die Rede des Hauses auf eine harte Probe, indem er dreizehn Minuten braucht, um seine Ansicht zu entwickeln. Der ihm folgende Abgeordnete hat wieder Verstand angenommen und braucht nur vier Minuten. Nach ihm kommt ein „Zweiminuten-Cicero“, wie sich das Londoner Abendblatt ausdrückt. Der nächste, überaus menschenfreundliche Abgeordnete, hält den Rekord. Er ist in einer Minute fertig, so daß es dem Berichterstatter nicht einmal möglich wird, Nam und Art zu erkunden.

Die Zeichenmacht des Abolaten. Es ist bei den Pariser Advokaten eine alte Tradition, daß an der Spitze eines Mittels mindestens eine Nacht von einem Kollegen die Ehrenmacht gehalten werden muß. Verteidener Mißlichkeiten halber ist in letzter Zeit viel davon die Rede gewesen, mit dieser Tradition zu brechen. Bei einem Banquet im Café wurde über die Frage hin und her debattiert; eine Dame, deren Mann mit dem Titel Erzengel angeordnet wird, gab schließlich ihre Meinung dahin ab, daß von ihrem persönlichen Standpunkt aus der Gebrauch absolut verdammenwert sei. Denn der unglücklichste aller Zufälle wolle es, daß gerade ihr Mann vorzeitig regelmäßig die Nacht bei dem ersten Kollegen zubringen müsse. — Glücklicherweise ist Frau Erzengel etwas kurzschäftig, so daß sie das amüsam und verständnisvolle Lächeln auf den Gesichtern rings umher nicht merkte.

Sinkende Brücken. Schwere Sorge machen den Londoner Behörden ihre Brücken und großen Gebäude. Wie schon herabgesetzt hat sind die Grundmauern den Erbschaften nicht gemachten, die der in den letzten Jahren stark anwachsende Verkehr hervorruft. Die Schließung der historischen Waterloo-Brücke ist verfügt worden, weil sie vom Zusammenbruch bedroht ist. Auch die Saint Pauls-Kathedrale ist durch die fortwährende Bewegung des Erdbodens infolge des starken, modernen Verkehrs aufs höchste gefährdet. In Downing-Street, im Hause des Premier, hat sich der Fußboden in einigen Zimmern gesenkt, was auf die gleiche Ursache zurückzuführen wird. Nunmehr sind eine große Menge von Arbeitern damit beschäftigt, an den gefährdeten Stellen die Grundmauern zu verstärken.

2 Millionen Gulden für den Wohnungsbau bewilligt.

Senat und Deutschnationale leisten Widerstand. — Der Finanzrat soll sabotieren.

Nach langem Kampfe ist in der gestrigen Volkstagsitzung der Grundstein zum Beginn der Bautätigkeit gelegt worden. Mit knapper Stimmenmehrheit stimmte der Volkstag dem Antrag der Deutschen Partei, der den Senat ermächtigt, zwei Millionen Gulden zum Zwecke des Wohnungsbauvertrages vorläufige aus bereiten Mitteln zur Verfügung zu stellen, zu. Der Senat kann nunmehr mit der Bautätigkeit einsehen, denn es ist äusserste Zeit, da wir uns mitten in der Bauzeit befinden. Da aber die Deutschnationalen die größten Gegner von Bauten in behördlicher Regie sind und der Senat den geschilderten Fall der deutschnationalen Ordnungstruppe im Freistaat darstellt, so ist wohl damit zu rechnen, daß der Senat sich an der Sabotage seiner eigenen Ideen beteiligen wird. Geld zum Wohnungsbau ist vorhanden und Gen. Rahn hat gestern die Wege gewiesen, die gegangen werden können, um durch Ersparnisse an anderen Stellen die Mittel aufzutreiben.

Obne Debatte stimmte der Volkstag in zweiter und dritter Lesung dem Gesetzentwurf betreffend die mit der Republik Polen geschlossenen Abkommen über Gewährung von Rechtshilfe und zur Vermeidung von Doppelbesteuerungen an, desgleichen in zweiter und dritter Lesung dem Wandergewerbetreibereigentumsgesetz, sowie dem Gesetzentwurf über Auflösung von Gutsbezirken.

Mittel zum Wohnungsbau.

Hierauf wurde in die Beratung des Ausschussberichts über den Antrag der Deutschen Partei getreten, der den Senat ermächtigt, vorläufige aus bereiten Mitteln einen Betrag bis zu höchstens 2 Millionen Gulden für Wohnungszwecke zur Verfügung zu stellen. Die Vorläufe sollen aus den auf Grund eines alsbald zu erlassenden Gesetzes einkommenden Beträgen zurückgezahlt werden. Hierzu lag zunächst ein Antrag der Deutschen Partei vor, welcher bestimmt, daß die Verwendung der zur Verfügung gestellten Mittel nach dem Senat mit Zustimmung des Siedlungs- und Bauausschusses des Volkstages festzulegen. Die Deutsch-Danziger Volkspartei beantragte, daß zunächst eine Million Gulden bewilligt werde, die weitere Million soll sofort nach Annahme des Wohnungsbaugesetzes zur Verfügung gestellt werden.

Abg. Eichholz (Dnt.) als Berichterstatter des Ausschusses teilt mit, daß im Ausschuss der Antrag der Deutschen Partei mit 8:6 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen worden sei. Die sozialdemokratische Fraktion habe beantragt, daß die Zurückzahlung nicht auf Grund eines Wohnungsbauabgabengesetzes, sondern auf Grund eines zu erlassenden Gesetzes erfolgen soll, welcher Antrag ebenfalls angenommen worden sei. Redner läßt dann eine scharfe Kritik am Ausschuss.

Abg. Gen. Dr. Kamnitzer stellt zunächst fest, daß der Abg. Eichholz seinen sachlichen Bericht gegeben habe, sondern seine Parteianhänger vertreten habe. Die sozialdemokratische Fraktion wolle nicht, daß die Deckung durch eine Wohnungsbauabgabengesetz erfolgen soll. Wenn der Senat wirklich die ehrliche Absicht habe, zu bauen, dann soll er dem Antrag zustimmen. Die Deckungsfrage werde schon geregelt werden.

Abg. Schmidt (D.P.) will, daß das jetzige Bauverbot ausgenutzt wird. Die Mittel würden schon zu finden sein. Er ist der Ansicht, daß bei allen Parteien der Wunsch besteht, daß gebaut werde. Der Weg zur Deckung würde sich finden lassen.

Abg. Poller (D.P.) bearbeitet den Änderungsantrag seiner Fraktion. Wenn der Senat sage, es sei kein Geld da, so weisse er darauf hin, daß der Senat am Bau von Volkshäusern 150 000 Gulden zur Verfügung gestellt habe. Dieser Betrag solle zu Wohnungsbauten benutzt werden.

Abg. Eichholz (Dnt.) gibt zu, daß er bei seiner Berichtserstattung über das Maß des Aufschubes hinausgegangen sei. Wenn von einer Erhöhung der Mieten abgesehen würde, würden wir nie bauen können. Nirgendes ließen sich die Mittel herauswirtschaften. Der Regierungsentwurf über den Wohnungsbau sei allein durchführbar, sonst wäre das Bauen unmöglich.

Ankündigung der Sabotage.

Senator Dr. Volkmann erklärt, daß der Senat bei Annahme des Antrages des Siedlungs- und Bauausschusses erst die Zustimmung des Finanz- und Bauausschusses einholen müsse, was weder heuer noch in Zukunft sein wird. Redner weist auf dem Standpunkt, daß erst das Gesetz über den Wohnungsbau erlassen werden soll.

Abg. Gen. Dr. Kamnitzer bemerkt, daß der Senat sich auf Befehl der deutschnationalen Fraktion um die Fortschritte herumwähle. Auch wenn das Wohnungsbauabgabengesetz zustande käme, wären nicht sofort die Mittel daraus flüssig, sondern es würde ein Wechsel auf lange Sicht sein. Dem Senat fehle der gute Wille. Der sozialdemokratischen Fraktion fehle dieser Wille nicht, doch lasse sie sich nicht ein Gesetz antun. Die deutschnationalen Fraktionen verweise die Vermögensinteressen von Aktionärsmitgliedern. Redner ist der Ansicht, daß trotz der Sabotage von rechts es doch zum Bauen von Wohnungen kommen werde.

Auf Antrag des Abg. Gen. Rahn, der feststellen will, wer den Wohnungsbau sabotieren will, tritt namentliche Abstimmung ein. Der Antrag des Siedlungs- und Bauausschusses wird mit 54 gegen 19 Stimmen angenommen, desgleichen der Zusatzantrag, herr. Richtlinien, mit 58 gegen 19 Stimmen. Der Antrag der Deutsch-Danziger Volkspartei ist durch diese Abstimmung erledigt.

Staatsberatungen.

Hierauf feste die dritte Lesung von Haushaltsplänen ein. Der Etat des Volkstages für Wissenschaft, Kunst und Volkserziehung, der Landes- und Gewerbeverwaltung, für öffentliche Arbeiten, der Fortentwicklung, für Verkehr, Arbeit und der Betriebsmittelverwaltung wurden ohne Debatte angenommen.

Der Plan der freien Stadt.

Beim Etat der Allgemeinen Verwaltung kritisierte Abg. Gen. Rahn die hohen Ausgaben für Verwaltungsstellen und die übermäßige Anstellung der Beamtenzahl. Während früher die Provinz Selbstkosten mit etwa 7 Millionen Einwohnern durch das Doppelstadium und das Studium bei insgesamt 10 bis 12 oberen Beamten verwalten wurde, sei jetzt neben den Senatoren eine unheimliche Zahl von Staatsbeamten, Oberregierungsräten und Regierungsräten vorhanden, außerdem der Rat hat nur ein paar hundert Beamten. Der früheren Provinz Westpreußen sei, als die kommunikativen Senatoren geschaffen wurden, sei immer erklärt worden, daß die kommunikativen Senatoren die eigentlichen Chef der Behörden sein sollen, deshalb sei ein parlamentarisches System nicht am Platze. Heute finde man, daß bei jeder Behörde ein Chef vorhanden ist, der Senator also nicht diese Funktion ausübe. In dem

Etat der Allgemeinen Verwaltung befänden sich drei Staatsräte, die wirklich nur „zum Staat“ da seien, denn sie hätten nichts zu tun. Es sei dies unter anderem der Staatsrat beim Oberverwaltungsgericht, der Senatvizepräsident Dr. Ziehm, der jetzt auf Diplomatenpark, also auf billige Weise, in das Ausland gereist sei, und von dem der Senat selber erklärt habe, daß er als Staatsrat seinen Dienst leiste. Deshalb wäre die Stellung überflüssig und müßte gestrichen werden. Die Deutschnationalen hätten auf diese Weise einen weiteren beamteten Senator geschaffen. Redner beantragte weiter zu streichen: 2 Oberbauräte, 3 Bauräte als Abteilungsvorsteher, 10 Oberregierungsräte, 8 Regierungsräte als Referenten, 1 Finanzdirektor, 9 Stadtbaumeister, 12 Regierungsamtsräte, 1 Regierungs-Landwirt, 12 Oberinspektoren, 12 Inspektoren und 7 Obersekretäre. Es würden dann in der Zentralabteilung noch übrig bleiben: 1 Baurat als Abteilungsvorsteher, 4 Oberregierungsräte, 8 Regierungsräte, 12 Regierungsamtsräte, 12 Oberinspektoren, 12 Inspektoren und 7 Obersekretäre neben den Sekretären. Alle Nichtsteuer sollten beseitigt werden. Dadurch wäre der beschriebene Etat im Senatgebäude nicht nötig und beantragte er auch diesen Betrag hierfür zu streichen. Die Rechnungsprüfungsstelle brauche keinen Direktor. Es könne dieser Posten, ebenso zwei Amtsräte und ein Rechnungsprüfer gestrichen werden. Bei der Freistaats-hauptkasse wären 1 Direktor, 2 Oberinspektoren und 2 Inspektoren (von 15) überflüssig. Beim Hofenauschnitt habe der frühere Stadtrat Dr. Ewert, der verstorben, bei der Firma Sommerfeld, Berlin, Beschäftigung zu finden, dort aber nicht zu gebrauchen war, Unterkunft gefunden und sei zum Staatsrat ernannt worden. Dieser Posten könne beseitigt werden. Die Pressestelle des Senats möchte er völlig zu streichen. Etwas sei der Leiter der Pressestelle, Dr. Ferber, nicht der richtige Mann, da er in öffentlichen Lokalen in Gegenwart schwedischer Gäste, den Völkerverbund veranlasste, und weiter seien die Erzeugnisse der Pressestelle zur Verdummung der Bevölkerung da. Weiter möchte er den Korruptionsfonds von 10 000 Gulden, wie den zur Verfügung des Senats gestellten Betrag von 25 000 Gulden zu streichen. Es sei heute nicht die Zeit, um Feste zu begehen, wie sie vom Senat im Artinskof und Rathauskeller veranstaltet werden. Man kann auch ohne Ausgaben würdig repräsentieren. Beim Statistischen Amt seien ein Direktor und die Hälfte der Personalangaben zu streichen. So lasse sich der zum Wohnungsbau benötigte Betrag von 2 Millionen Gulden leicht einsparen an anderen Stellen. Es würden sich Wege finden lassen, um die überflüssigen Beamten, die vom Senat in verbrochener Weise eingestellt worden seien, los zu werden. Würde dieser Reduzierung von Beamten nicht entsprochen, würde die Danziger Wirtschaft in einem Jahre zusammengebrochen sein. In namentlicher Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag mit 52 gegen 32 Stimmen abgelehnt.

Bei dem Etat für Soziales, Kirchen- und Gesundheitsverwaltung begründete Gen. Rahn einen sozialdemokratischen Antrag auf Streichung von 1 Oberregierungsrat beim Landesversicherungsamt, 1 Oberregierungsrat beim Versicherungsamt, 1 Regierungsrat in gehobener Stellung beim Versorgungsamt, desgleichen die Streichung der Ausgaben für kirchliche Zwecke. Religion sei Privatangelegenheit und nicht Staatsangelegenheit. Die kirchlichen Kirchen, wie die Mennoniten, Methodisten u. a. kämen auch ohne Staatszuschüsse aus. Die Ausgaben für das Hygienische Institut wie für das Chem. Untersuchungsamt könnten gestrichen werden, da wir bereits derartige Staatsinstitute in der Technischen Hochschule haben. Sämtliche Anträge wurden in Einzelabstimmung abgelehnt.

Beim Staatsarchiv beantragte Gen. Rahn diesen Etat vom Archivdirektor und von einem Staatsarchivar zu befreien, da das Staatsarchiv aus langer Weile sich an andere Behörden um Überlassung von alten Akten wenden müsse. Herr Kaufmann könnte dann seine monarchistische Tätigkeit besser ausüben, wenn er von seinem Dienst befreit wäre.

Die Wünsche der Hausgartner.

Bei der Beratung des Etats für Staatl. Grundbesitz erklärte sich Abg. Bahl (D.P.) für die Beseitigung der Beamten in dieser Behörde, da diese nur die Ursache der Aufrechterhaltung der Zwangsverwahrhaftung von Wohnungen seien. Er forderte, daß der Senat die Miete für Juni auf 70 Prozent der Friedensmiete für Wohnungen und auf 90 Proz. für die übrigen Räume festsetze. Der Hausbesitz ginge langsam zu Grunde. Der Redner mußte sich lassen, daß dieses eine rein städtische Angelegenheit sei.

Nachdem noch beim Etat der Landwirtschaft die Ausgaben für Förderung der Landeskultur von 1000 auf 10 000 Gulden erhöht worden waren, vertagte sich das Haus auf nächsten Mittwoch.

Erhöhung der Zuständigkeitsgrenze für das Amtsgericht.

Nach § 23 Nr. 1 des Gerichtsverfassungsgesetzes in der Fassung der Verordnung vom 23. Oktober 1923 umfaßt die Zuständigkeit der Amtsgerichte Streitigkeiten über vermögensrechtliche Ansprüche, deren Gegenstand an Geld oder Geldwert die Summe von 300 Gulden nicht übersteigt. Infolge dieser Bestimmung sind die Zivilkammern erster Instanz und das Obergericht stärker belastet, während die Zivilkammer für Berufungssachen und die Amtsgerichte nicht ausreichend beschäftigt sind. Der Senat erklärt deshalb in der Begründung eines diesbezüglichen Gesetzentwurfs, daß es im Sinne des beschlossenen Beamtenabbaues und gleichzeitig im wirtschaftlichen Interesse der Rechtsanwältinnen bei den Amtsgerichten in Zoppot, Tiegendorf und Neudorf liegt, hierin eine Änderung dadurch eintreten zu lassen, daß die Zuständigkeit der Amtsgerichte in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten auf 1000 Gulden erhöht wird.

Mitte Oktober Danziger Messe. Die ursprünglich für Anfang August geplante Danziger Messe ist nunmehr auf Mitte Oktober verlegt worden. Wünsche der Aussteller sind dafür maßgebend. Aber auch sonst haben sich Schwierigkeiten ergeben. Die Messe wird kaum auf dem alten Gelände in Aussicht genommenen Gelände, — dem früheren Karpshausgelände — stattfinden, da die Bemühungen der Messeleitung, das Hans „Dolm“ von Polen zu übernehmen, vergeblich waren. Auch die Volkerverwaltung lehnt die Freimachung von Gebäuden auf dem Gelände ab. Deshalb ist geplant, die Messe in Langfurh abzuhalten, und zwar auf dem Gelände, das von der Landwirtschaftlichen Anstalt genutzt worden ist.

Der Aufmarsch der sozialdemokratischen Wähler in Zoppot.

Die Vereinigte Sozialdemokratische Partei in Zoppot, hatte am Dienstag eine öffentliche Wählerversammlung in den großen Saal des „Parkhotels“ einberufen. Der Saal konnte die erschienenen Massen kaum fassen, so daß viele Teilnehmer sich mit Stehplätzen begnügen mußten. Ueber die Bedeutung der Gemeindevahl sprach zunächst der Abg. Gen. Mon. Er erläuterte eingehend das kommunalpolitische Programm der Sozialdemokratie und bewies an einer Reihe von Beispielen, daß die Sozialdemokraten in den Gemeinden, wo sie einen erheblichen Einfluß haben, ganz hervorragendes geleistet haben, insbesondere auf dem Gebiete der Volksfabrikpflege. Die Entwicklung der Gemeinden und der Städte wird leider verhindert, solange diesen die Selbstverwaltung vorenthalten wird. Der Bürgerblock hat im Volkstag die Forderung der Sozialdemokratie auf Reform der Landgemeindevorbereitung abgelehnt. Die Förderung des Gemeinwohls, des Handels, der Industrie und des Gewerbes ist erst möglich, wenn endlich die großen Mittelschichten des Bürgertums die politische Umstellung vornehmen, die ihren wirtschaftlichen Interessen entspricht. Mit radikalen Phrasen ist keine Gemeindepolitik zu betreiben, aus diesem Grunde haben die Kommunisten vollständig verjagt. Da die Sozialdemokratie praktisch den Befähigungsnachweis für die Durchführung einer sozialen Gemeindepolitik erbracht habe, forderte der Redner die Versammelten auf, am 25. Mai ihre Pflicht zu tun.

Die Genossin Len geistete anfangs ihrer Rede die Politik der Deutschvölkischen und bedauerte, daß auch viele Frauen diese falsche Politik unterstützten. In der Hand zahlreicher Beispiele führte sie den Nachweis für die Wichtigkeit der Betätigung der Frauen auf dem Gebiete der Volksfabrikpflege und der Jugendberufshilfe in den Gemeinden. Die Frauen und Mädchen sollten sich bewußt sein, daß sie einzig und allein der Sozialdemokratie ihr politisches Mitspracherecht verdanken. Ihre Aufgabe sei es jetzt aber auch, die erhaltenen Rechte zur Förderung des Allgemeinwohls in Stadt und Land anzuwenden. Mit großer Schlagfertigkeit wies die Genossin Len unter allgemeiner Beifall der Versammelten die kommunistischen und deutschvölkischen Zwischenrufe zurück. Unter starkem Beifall der Versammlung schloß sie ihre Ausführungen mit dem Appell, Sozialdemokraten zu wählen.

In der Diskussion verzweigte eine Anzahl Kommunisten ihren bekannten Nuisen. Auch ein deutschvölkischer Redner trug viel zur Belustigung der Versammlung bei. In ihrem Schlusswort war es der Genossin Len ein leichtes die Ausführungen der gegnerischen Redner zu widerlegen. Um 11 Uhr abends schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem Appell, am 25. Mai

die Liste Gutmenyer zu wählen.

Die Danziger Goldmarkanleihe. Im September 1923 ist eine Zeichnungs-Einladung auf eine Prozente Goldmarkanleihe der Stadtgemeinde Danzig von 1923 (1. Ausgabe) in Höhe von 2 000 000 Reichs-Goldmark zum Ausbau der Wasserkräfte im Gebiete des Freistaates Danzig zur Erzeugung von Elektrizität veröffentlicht worden. In einer kleinen Anfrage wird nun der Senat angefragt, ob er bereit ist, Auskunft zu geben: 1. wieviel Goldmark diese Anleihe eingebracht hat, 2. wieviel Goldmark von dieser Anleihe bereits ausgegeben sind und weßfür.

Danziger Ständesamt vom 22. Mai 1924.

Todesfälle: Zimmermann Albert Pechowski 54 J., 4 Mon. — Frau Maria Schöndor, geb. Wertowski 21 J., 10 Mon. — Witwe Amalie Gede, geb. Zobe 81 J. — Frau Anstina Herbach, geb. Kretz 51 J., 5 Mon. — Hausbauer Karl Groß 79 J., 6 Mon. — Witwe Wilhelmine Krieger, geb. Winterfeld 75 J., 3 Mon. — Arbeiter Karl Brandt 48 J., 2 Mon. — Frau Franziska Schöning, geb. Päch 66 J., 5 Mon. — S. d. Verwaltungs-Inspektors Wilhelm Veil, 2 Tage. — S. d. Arbeiters Hinemann, 3 Wochen.

No 18 J. Bora

die seit 25 Jahren wegen ihrer guten Qualität beliebt

BOEG Zigarette

Wasserstandsberichte am 22. Mai 1924			
20. 5. 21. 5.	Kurzbecken	+ 3,25	+ 3,02
20. 5. 21. 5.	Montaurerpfähle	+ 2,98	+ 2,77
19. 5. 20. 5.	Dieckel	+ 3,04	+ 2,77
20. 5. 21. 5.	Dirschau	+ 3,29	+ 2,94
20. 5. 21. 5.	Einlage	+ 2,24	+ 2,20
20. 5. 21. 5.	Schiewenhof	+ 2,40	+ 2,36
21. 5. 22. 5.	Regat:		
Thorn	+ 2,47	+ 2,23	Schönau O. V. + 6,70 + 6,70
Fordon	+ 2,57	+ 2,31	Galgenberg D. P. + 4,60 +
Calw	+ 2,60	+ 2,34	Neuhofenbüsch + 2,00 +
Graudenz	+ 2,75	+ 2,51	Anwachs + +

Ämtliche Bekanntmachungen.

Die Tarife der Fähren

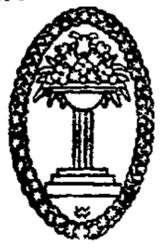
an der Ballgasse und am Krantor werden mit Wirkung vom 26. Mai ds. Js. auf das Doppelte der zurzeit gültigen Sätze erhöht. Für das Ueberfahren einer Person sind in Zukunft 2 P. zu entrichten. (13054) Danzig, den 17. Mai 1924. Der Senat — Verkehrsamt.

Nachlaß-Verkauf!

Ruhb. Büfett, Geldschrank, Sofa, Ausziehtisch und and. Lische, Holz- u. Bankettgestelle, Betten, Portieren, Damen- und Herrenbekleidung, Wäsche, Geschir, Lampen für Elektr., Gas u. Petroleum, Hausgerät, Tomisch, Markisen. Verkauf Sonnabend, nachm. 3-7 Uhr, Sandgrube 47, pt. links. 11207

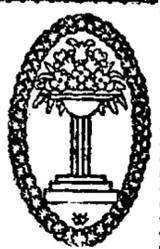
Rahmmaschinen
reserviert billigst
Knabe, Gaustor 3.

Wobliertes Zimmer
bei anderen Wirtsleuten zum 1. Juni gesucht. Off. unt. V. 1255 an d. Exped. der Volksstimme. (f)



Die Welt der Frau

Beilage der „Danziger Volksstimme“



Die Türkin von 1924.

Aus Konstantinopel wird der „N. Z. Ztg.“ von einer europäischen Frau geschrieben:

Wenn der Herrlicher der türkischen Frau alten Schlags, der französische Dichter Pierre Loti, heute nach Konstantinopel kommen könnte — er kann es ja nicht, da er bereits vor einigen Jahren gestorben ist — er würde aus dem Erstaunen darüber, welche inneren und äußeren Wandlungen mit dieser Frau vor sich gegangen sind, kaum heraus kommen. Und zu mehr als einer „Nenerung“, die sich seit seinem letzten Aufenthalt am Bosporus durchgesetzt hat, würde der Schwärmer ganz gewiß sogar mißbilligend den Kopf schütteln.

Zwar von Harems und ähnlichem redet man in Konstantinopel schon längst nicht mehr. Doch gibt es noch genug Frauen der alten Zeit, besonders drüben am anatolischen Ufer, die kaum mehr als ein Scheindasein führen und sich beharrlich allem Neuen widersetzen. Um einzukaufen, gehen sie in die Baiare Stambul's statt in die Prunkläden von Pera. Und um die Natur zu genießen, suchen sie die stillen besonnten Ufer am Bosporus auf, wo sie sich in langen Reihen auf den weißen Marmorfliesen am Wasser niederlassen und ganze Nachmittage lang träumend und in sich versunken dem blauen Wellenspiel zusehen. Hier hat man noch Gelegenheit, den feineren Tscharschaff (Oberkleid) der Türkin zu bewundern. Alle Farben sind vertreten. Dunkelbraun hat den Vorzug. Wer in einiger Entfernung vom Ufer im Ruderboot vorbeifährt, glaubt ein großes Gartenbeet voll bunter Tulpen zu sehen. Nur heißt es vorsichtig sein. Noch im letzten Frühjahr konnte es geschehen, daß man, im Boot bei Stultari vorüberfahrend, plötzlich von einem Hagel von Steinen überschüttet wurde, weil ein Bootsinsasse den Versuch gemacht hatte, diese stillen Blumen zu „knipsen“.

Man kann sagen, der Bosporus ziehe den Strich zwischen der alten und der neuen Generation unter den Frauen. Auf dem europäischen Ufer ist man es längst gewöhnt, die jungen Hanums am Morgen mit der braunen Ledermappe unter dem Arm einer der europäischen Schulen zutreiben zu sehen, von denen sie außer dem Diplom, das sie erwerben, noch Wichtigeres mit sich nehmen: Vertrauen in die Kraft des eigenen Geschlechts und Liebe zu körperlicher Betätigung. Mehr als eine der Führerinnen, unter denen die Schriftstellerin Halide Hanum die bekannteste ist, hat eine der weiblichen Schulen besucht. Seit letztem Jahr ist auch der erste weibliche Arzt, Dr. Safieh Hanum, tätig.

Hatte schon unter den Jungtürken die Emanzipation der Türkin rasche Fortschritte gemacht, so geht diese jetzt der Vermählung Mustafa's Kemals mit Meimschritten vorwärts. In Hunderten von Schaufenstern der Stadt konnte man damals das Bild Latife Hanums im Reitanzug ausgestellt sehen, Seite an Seite mit ihrem berühmten Gatten. Es scheint fast, als habe sie bestimmend auf die Frauenmode gewirkt. Der Tscharschaff ist dem Untergang geweiht. Noch behauptet er sich bei den Frauen, die genau wissen, daß er schmucker ist als das europäische Straßenkleid, aber er wird langsam verdrängt. Auch der Gesichtsschleier ist verschwunden. Den Kopf der Türkin ziert ein bunter Schal, wie ihn auch viele Russinnen tragen. Und — haune, geehrte Feilerin — selbst der Hut ist heute erlaubt! Schon hat er sich in diesem Frühjahr hier und da hervorgewagt, zum Entsetzen des Freundes orientalischer Frauenähnlichkeit. Denn unter einem Hut kann sie nicht gedeihen.

Seit geraumer Zeit tritt die Türkin erfolgreich als Rivalein des Mannes auch im Berufsleben auf. Unter den einziehenden Truppen Mustafa's Kemals bemerkte man einen weiblichen Offizier. In einzelnen türkischen Geschäften verkaufen auch Frauen; im berühmten Zuckermarschladen des Hadji Bekir sitzt eine Hanum an der Kasse und führt die Bücher. Das türkische Telefonfräulein ist eine bekannte

Erscheinung, und auf den Bühnen in Stambul treten in diesem Ramadan auch Türkinnen auf, während bis heute sich nur Armenierinnen dazu hergaben. Arme Frauen üben den Beruf des Straßenkehrers aus. Dieser verhilft ihnen sogar zu einer „Hosenrolle“.

Wer früher elegante Türkinnen bewundern wollte, mußte sich mit einem schnelleren Blick begnügen, wenn sie im leichten Coupé auf Gummiträdern die Straße entlangefahren kamen, von einem Gummichen eifersüchtig bewacht. Heute ist die Hanum überall dort zu finden, wo sie sicher ist, gesehen und bewundert zu werden. Sie ist die beste Kundin in den Geschäften von Pera. Sie prunkt in den Logen der Kinos, die heiläufig gelagt, in nichts den großen Schauspieltheatern des Westens nachstehen. Im vergangenen Winter wohnten wir jeden Freitag den Sinfoniekonzerten des Orchesters des Kalifen bei — heute jagt man: Orchester des Präsidenten der türkischen Republik —, unter den Besuchern des stets gefüllten Saales waren mehr als die Hälfte Türkinnen aus den sogenannten „besten Kreisen“, immer in großer Toilette, die hingeegeben den Tanzerinnen Beethovens lauschten, ohne auch nur ein einziges Mal zu hören. Und das will hiezu etwas heißen, wo man einen ernsten Konzertbetrieb noch kaum kennt.

Wer als heimlicher Beobachter inmitten dieses erlebten Zirkels saß, hatte Zeit genug, Beobachtungen zu machen, da die Konzerte gewöhnlich mit einer Verspätung von 20 Minuten begannen. Die Türkin kleidet sich nie auffallend; sie liebt vornehme Einfachheit und dunkle satte Farben. Der Schmuck der Hände wird viel Aufmerksamkeit gewidmet. Schminke und Fuder weiß sie geschickt und ohne Lieberhebung anzuwenden. Dagegen ist sie in der Regel zu aufdringlich parfümiert. Dieselbe Beobachtung läßt sich machen, wenn man ihr im Restaurant oder in der Straßenbahn begegnet. Bis vor kurzem waren in jedem Tramwagen den Hanums besondere Plätze zugewiesen, die durch einen Vorhang abgeteilt waren. Dieser Beschneidung ihrer Freiheit gingen sie mit Hilfe des Parlaments in Angora zu Leibe. Ihr Argument lautete so: Es ist uns erlaubt, auf den Straßen Arm in Arm mit unierer Gatten zu gehen. Wir dürfen öffentliche Plätze besuchen. Warum sollen wir nun im Tramwagen wie in einen Käfig gesperrt sein? Diesen Klagen wurde zuerst kein Gehör geschenkt. Da steckten sich die Hanums hinter die Vorzüge. Und diese fanden heraus, daß der Haremvorhang im Tram als „Bazillenträger“ die öffentliche Sicherheit gefährde und darum entfernt werden müsse. Das geschah. Auch diese Schranke ist gefallen.

Das Ruhebedürfnis des Kleinkindes.

Von Schwester India Nechland.

Vornehme Mütter überlassen ihre Kinder geschulten Kinderpflegerinnen, die sich durch Diplom über den Grad ihrer Ausbildung ausweisen. Die Mütter des Mittelstandes geben ihre Kinder in Fröbelkindergärten, die zwar nicht in allen Fällen wünschlos einwandfrei, aber doch erträglich sind, zumal die Kinder häufig am Nachmittag daheim sind und auf diese Weise immer noch ein Stück Familienleben genießen.

Die zu außerhäuslicher Erwerbsarbeit gezwungenen Mütter wissen leider nicht immer, wohin mit ihren vorschulspflichtigen Kindern. Für sie stehen keine Fröbelkindergärten bereit. Wohl besitzen eine Anzahl Gemeinden sogenannte Kleinkinderkassen. Diese sind leider häufig entfernt von dem Ideal, das sie darstellen sollten. Sie sind meist nur „Aufbewahrungshäuser“, wo die armen Kleinen abgegeben werden wie ein Kleidungsstück oder ein Regenschirm in der Garderobe, am Abend holt man die „Gegenstände“ wieder ab — kleine Herdentierchen, müde und unwirksam und voll schlech-

ter Laune vom Drill des Tages, denn dieser ihr Tag war ein überlanger. Spiel, Spiel und nochmals Spiel — keine wohlthätige Schlafpause, die doch dem Kleinkind so nötig ist, wie der Pflanze der Sauerstoff.

Hier klafft eine Lücke! Weiß die Kleinkinderlehrerin — so heißen die Kinderkassen bezeichnenderweise, weiß sie nichts vom Ruhebedürfnis ihres kleinen Schützlings? Jede Mutter merkt am Wesen ihres Kindes: „Jetzt ist es müde — es hat Schlaf.“ Die geschulte Kinderpflegerin weiß genau, daß Essen und Trinken allein das Gedeihen ihres Schützlings nicht ausmacht, ein paar Ruhestunden am Tag sind nötig, damit er gedeihe.

Dem Proletarierkind ist weder Ruheplatz noch Ruhezeit verweigert, wenn es die Kleinkinderkassen besucht, es „muss spielen“, weil seine Mutter „arbeiten muss“. Seine Nerven werden frühzeitig auf eine harte Probe gestellt. Wie häufig treffe ich bei den Anstaltsbesichtigungen die armen kleinen übermüdeten Geschöpfchen — oft schon am Morgen —! so an, daß sie kaum noch die Augen offen halten können, im Stehen schlafen sie ein, man bedenke, in welcher unhygienischen Räumen mit verbrauchter Luft und überfüllter Belegung sie ihre Nacht verbringen. — Die Kleinkinderlehrerin merkt von alledem nichts. Sie betrachtet die Kinder zu sehr unter dem Gesichtspunkt des Objekts, das sie drücken muß. Lieber, Neugier, Spiele wechseln in einem fort ab. Aus Gründen der Disziplin müssen die Kinder oft viel zu viel sitzen, geradezu eine Qual für die lebendigsteinsten Kinder. So wie ein Tier in Gefangenschaft nicht gedeiht, wenn es ihm an Luft fehlt, so ergötzt es auch dem Kleinkind, wenn es sich nicht nach Herzenslust tummeln kann. Vielleicht haben aber auch die Mütter noch nicht über diesen Punkt nachgedacht, sie sind stolz darauf, daß ihr Kind schon viel „lernt“ (aber nicht begreift).

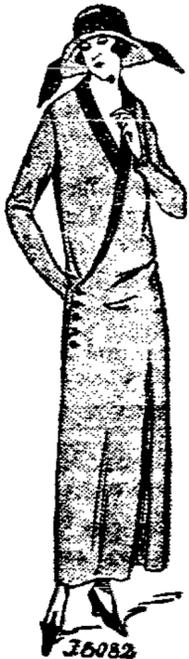
Dem Ruhebedürfnis des Kindes gerade in diesem Alter muß stärker Rechnung getragen werden. Dabei kann es unter Mittag nicht ruhen, dazu ist die Mittagspause zu kurz und die Mutter zu beschäftigt. Es darf nicht vorkommen, daß die Kinder auf den Tisch gebeugt, das Köpfchen auf die Arme gelegt, einschlafen! Ein solches Bild wirkt immer erschütternd. Abgesehen davon, wie sich die kleinen Lungen zusammenpressen und die Atmung erschweren! Das Proletarierkind hat ein Recht auf Berücksichtigung seiner Gesundheit. Die Kinderkassen vertreten Mütterstelle am fremden Kind. Darüber muß sie sich klar werden.

Aber auch die Mütter müssen besser nachdenken lernen. Es wäre denkbar, daß diejenige Kinderkassente, die ihre Pflegebedürftigen am Nachmittag auf ein bequemes Stroflager betten würde, sich von den Müttern sagen lassen müßte: „Schlafen können die Kinder auch zu Hause! Deshalb brauchen wir sie nicht zur Kleinkinderkassente zu schicken, sie sollen etwas lernen!“

Zweifelsohne trägt die unglückliche Bezeichnung „Kleinkinderkassente“ die Schuld an der verkehrten Auffassung. Vorschulpflichtige Kinder sollen nicht be- — noch ge — schult werden, sie sollen sich entwickeln! Fröbel sagt einmal „nur die Einseitigkeit und Halbheit der Menschen schuf Kleinkinderkassen, die ein Widerspruch mit der Kindesnatur sind!“

Hochachtung: Fröbel! Fröbel und Pestalozzi! Die Traurigkeit würde den Kindern eripart bleiben, wenn man sich in den Kreisen derer, die es angeht, wieder mehr auf diese beiden Kinderseelen verlegenden Pädagogen besinnen wollte! Aber müssen erst Männer den Müttern den Weg zeigen? Mühte nicht der mütterliche Instinkt herausfinden, was ihren Kindern frommt? Gewohnheit und Gleichgültigkeit sind üble Erzieher, sind Trägheitsfaktoren, unter denen die Gesundheit und das Seelenleben des Kleinkindes schwer leidet, um so mehr, als weder Mütter, noch viele Kleinkinderlehrerinnen pädagogisch, psychologisch und hygienisch genügend geschult sind.

Selbst ist die Frau. Aus der Modenschau der „Frauenwelt“.



J 8082 Sonntagskleid aus Seiden- oder Washrips. Das Kleid ist durchgehend geschnitten und in der Taillenlinie leicht angeschoben. Die Vorderteile treten breit übereinander. Der Ausschnitt berandete Schalkragen ist aus einem absteigenden Material.



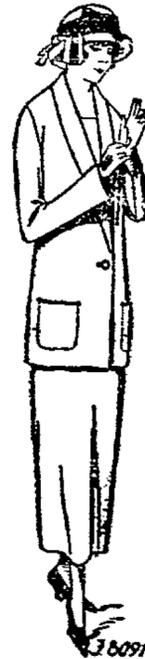
I 7623 Blusenrock aus Gabardin oder Rips. Den engen Rock schneidet man aus einer Breite des 130-140 cm breit liegenden Stoffes. Seine Ränder treten links übereinander, der rechte ist mit einer Seitenblende unterlegt, oben ist ihm eine Patte angeschnitten, die überknöpft.



I 7622 Schneiderkostüm aus Gabardin. Der Schnitt ist einfach, aber gesamtackvoll. Die Vorderteile der gerade fallenden Jacke treten breit übereinander, den Schluß vermittelt eine Knopfreie an der linken Seite. Die weiten Ärmel sind unten geschlitz und mit Doppelknöpfen verengt. Die vorderen Teile des Wickelrockes treten breit übereinander, der rechte Rand ist, übereinstimmend mit dem Jackenschluß, mit Knöpfen gehalten.



J 8068 Kittelkleidchen aus gemustertem Vellé oder Wollemusselin. Das Kittelkleidchen ist leicht herzustellen; es besteht aus einem Kinnotteil. An den Seiten und hinten ist die Weite durch einen geraden Gürtel eingehalten, der auf dem Vorderteil je seitlich aufgeklopft ist. Der Ausschnitt ist mit einem einfarbigen Kölschen berandet, daneben ist Sückerie angebracht.



J 8091 Schlichtes Jackenkleid aus sandfarbenem Gabardin oder leichterem Kostümstoff. Ueber den glatten Rock fällt eine lose Jacke mit dem modernen tiefschließenden Kragen, die durch einen Knopf geschlossen wird. Große Taschen vervollständigen das Straßenkostüm.

Das aber wesentlich dem Ansehensbedürfnis des Kleinkindes starker Rechnung getragen werden muß, darauf mehr zu achten, das ist die Pflicht der Mütter, jeder einzelnen und aller anderen verantwortlichen Stellen. Es bedarf keiner besonderen Anschaffung von Matratzen, die infolge ihres geschlossenen Schnittes doch nur ungenügend sind, es genügen Strohlager, die immer wieder erneuert werden können. Verständige Kinderantantanten haben übrigens schon diesen Verzichtlag akzeptiert.

Nur eine erschreckende Unwissenheit von der Natur eines kindlichen Körpers, nur eine allgemeine Unkenntnis der kindlichen Seele ist die Veranlassung, dem Kleinkind sein Recht zu schmälern!

Wägen die Mütter etwas nachdenklicher werden! Dann müssen die Kinderantantanten ebenfalls folgen.

Kinderhände.

Von Max Zeibig, Bantgen.

Kinderhände sind so klein, so zart und weich und doch, es ist etwas Großes und Herrliches? um Kinderhände.

Sahst du je deines Kindes Hand, wenn sie sich mit schwerem Stifte um erste Zeichen bemüht? Dir erscheinen sie als ein krauses Gemirr, das du kaum enträtseln kannst; aber die Phantasie des Kindes weitet sie zu Welten und Wundern. Und kennst du jene Hingabe, den besorgten Fleiß und die liebevolle Unbeholfenheit, die zu den allerersten Buchstaben führen? Es ist etwas Köstliches darum!

Da sind die einen: sie hauchen ihre Klärchen essenart auf die schwarze Tafel, grad und krumm und krumm und grad, so wie sie das Leben vielleicht auch einmal hin- und herwerfen wird. Da sind die andern: zukünftige Kraftnaturen, sie schreiben mit Nachdruck und zerbrochenen Schießern. Das heißt, die Schiefer sind erst zerbrochen, wenn sie geschrieben haben.

O, ihr kleinen Helden, ihr werdet einmal im Leben stehen wie eure ersten Buchstaben: fest und fest und stark. Gewiß, das Leben geht in großen Spuren daher. In irgendeiner wird der Mensch hineingeworfen und muß ihr folgen, wohin sie auch führen möge, auf Berge des Glückes oder in Täler des Leidens. Das Schicksal weist den Weg, und wenn du nur aufmerksam in den ersten Spuren liegst, die deines Kindes Hand mit sorgloser Seele aufzeichnet, vermagst du ein gut Stück künftigen Weges zu erkennen.

Ein ganzes Weilchen mühen wir mit dem Kinde gehen, mühen es behüten, führen und stark machen, damit es sich nicht verirre, wenn wir ihm das goldene Tor aufschließen, hinter dem das Land seiner Freiheit liegt. Viel Liebe und Treue und viel verstandenem Sinn müssen wir großen Menschen um ihre kleinen Brüdern und Schwestern bringen, dann schenken sie uns, was kostbar ist: ihr Vertrauen.

Ach ja, Kinderhände! Sie sind klein und groß zugleich und sind ein kleines Himmelreich.

Sahst du die Mädchen, wenn ihre Hände sich in mütterlicher Sorgfalt um ihre Puppen bemühen, wie sie die Klaffen ordnen, wie sie ihre Pflöge freiblecken und wie sie ihnen Trost jagten! Liegt nicht künftige Bestimmung in diesem ahnenden Tun?

Zauberfüßler sind die Kinder: Der Mutter fröhlich gekleidete Küchengeräte werden zu blinkenden Musikinstrumenten. Auf einem Weidenrohr bläst der Bubbe rührend Schalmel. Der umgestürzte Stuhl wird zum Automobil oder zur Lokomotive, und der Sägebock verwandelt sich auf seine alten Tage noch in ein edles Rennpferd.

Und sahst du die Kinder, wenn ihre Hände sich zum Spiel umspannen, als würde eine Kette des Glückes daraus geschmiedet; sahst du sie auch, wenn sie ihre Zärtlichkeit an Tiere verheften und kühltest du endlich einmal Kinderhände wie Schmeißeln über deinem Kummer?

O gewiß, Kinderhände sind zart und klein, aber es liegt etwas Heiliges in ihnen beischließen.

Siehe, da kommt eine Schar von Kindern dir entgegen. Sie strecken die Arme aus und halten in ihren Händen ihre Herzen, rote schöne Kinderherzen. Sei sorgsam, daß du keine Hand erschreckst, damit kein Herz zu Boden falle und zerbreche!

gen, wohin sie auch führen möge, auf Berge des Glückes oder in Täler des Leidens. Das Schicksal weist den Weg, und wenn du nur aufmerksam in den ersten Spuren liegst, die deines Kindes Hand mit sorgloser Seele aufzeichnet, vermagst du ein gut Stück künftigen Weges zu erkennen.

Ein ganzes Weilchen mühen wir mit dem Kinde gehen, mühen es behüten, führen und stark machen, damit es sich nicht verirre, wenn wir ihm das goldene Tor aufschließen, hinter dem das Land seiner Freiheit liegt. Viel Liebe und Treue und viel verstandenem Sinn müssen wir großen Menschen um ihre kleinen Brüdern und Schwestern bringen, dann schenken sie uns, was kostbar ist: ihr Vertrauen.

Ach ja, Kinderhände! Sie sind klein und groß zugleich und sind ein kleines Himmelreich.

Sahst du die Mädchen, wenn ihre Hände sich in mütterlicher Sorgfalt um ihre Puppen bemühen, wie sie die Klaffen ordnen, wie sie ihre Pflöge freiblecken und wie sie ihnen Trost jagten! Liegt nicht künftige Bestimmung in diesem ahnenden Tun?

Zauberfüßler sind die Kinder: Der Mutter fröhlich gekleidete Küchengeräte werden zu blinkenden Musikinstrumenten. Auf einem Weidenrohr bläst der Bubbe rührend Schalmel. Der umgestürzte Stuhl wird zum Automobil oder zur Lokomotive, und der Sägebock verwandelt sich auf seine alten Tage noch in ein edles Rennpferd.

Und sahst du die Kinder, wenn ihre Hände sich zum Spiel umspannen, als würde eine Kette des Glückes daraus geschmiedet; sahst du sie auch, wenn sie ihre Zärtlichkeit an Tiere verheften und kühltest du endlich einmal Kinderhände wie Schmeißeln über deinem Kummer?

O gewiß, Kinderhände sind zart und klein, aber es liegt etwas Heiliges in ihnen beischließen.

Siehe, da kommt eine Schar von Kindern dir entgegen. Sie strecken die Arme aus und halten in ihren Händen ihre Herzen, rote schöne Kinderherzen. Sei sorgsam, daß du keine Hand erschreckst, damit kein Herz zu Boden falle und zerbreche!

Elternweisheiten.

Von Margarete Caemmerer.

Es gibt zwei grundlegende Elternweisheiten, deren Wahrheit unerschütterlich besteht, als irgend eine andere. Die erste ist von Wilhelm Busch und heißt: Vater werden ist nicht schwer, Vater sein dagegen sehr.

Die zweite ist nicht von Wilhelm Busch und lautet: Eine Mutter kann eher acht Kinder ernähren als acht Kinder eine Mutter.

Die Problematik alles Elternseins ist in diesen Wahrheiten eingeschlossen.

Wenn ihr das kläumige Köpfchen eures Neugeborenen auf dem Rücken seines Bettes liegen seht, dann vergetzt über eurem vergehlichen Stolz, eurer entschuldigen Freude nicht die Erkenntnis: hier liegt unser Kritiker.

Wie ihr demaleinst vor diesem Kritiker bestehen werdet, wird das Glück, das Unglück eures Alters ausmachen.

Solange der Kritiker klein ist, geht alles. Ihr seid Mägen an Kraft, an Können, an Erfahrung gegen ihn. Mit Ungleichung der Schüttelhöhe fängt es an.

Es gibt von selbst keine Liebe, kein Vertrauen, kein Autoritätsgefühl der Kinder gegenüber den Eltern. Es muß alles erworben werden. Das bisher instinktive Pietätsgefühl in jedes anständigen Menschen Brust kann und darf auch nicht genügen.

Redet nicht. Lebt vor.

Drängt euch nicht auf. Laßt euch suchen.

Beweist eure Erfahrung durch Gewähren- und Reinfallenslassen. Seid jedoch da, wenn ihr gebraucht werdet.

Zeigt, daß ihr die interessanteste Gesellschaft seid.

Eure Schwächen müssen in den Augen eurer Kinder lebenswerte kleine Eigentümlichkeiten sein.

Nicht umsonst jagt der Philosoph, in jedem Mann sei ein Kind versteckt. Wie jeder Mann heißt jedes Kind ein unsichtbares Schnürchen, an dem es unbemerkt zu leiten ist.

Dieses Schnürchen gilt es zu finden. Mütter haben daher mehr Einfluß auf ihre Kinder als Väter. Sie sind im Suchen geübter als jene.

Stadttheater Danzig.

Intendant: Rudolf Schaper.
Heute, Donnerstag, den 22. Mai, abends 7 Uhr:
Don Pasquale
Komische Oper in 4 Bildern von Gaetano Donizetti.
Spielleitung: Walter Braun.
Musikalische Leitung: Max Seifert.
Personen wie bekannt. Ende gegen 9 1/2 Uhr.
Freitag, den 23. Mai, abends 7 Uhr. „Der Dummkopf“. Lustspiel.
Sonnabend, den 24. Mai, abends 7 Uhr. „Ein Wintermärchen“.

Achtung! Hausfrauen! Billig!

Freitag und Sonnabend:
Schweinefleisch 0.80—0.85 G
Rindfleisch 0.40—0.70 G
Kalbfleisch 0.40—0.50 G
Keule 0.55—0.60 G
Lammfleisch . 0.65, Keule 0.75 G
Kalbsköpfe, Stück 0.30 G
Schweineköpfe mit voller Backe .. pro Pfund 0.50 G

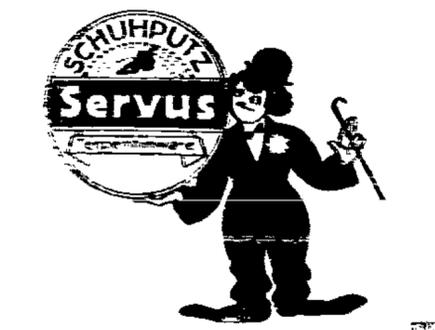
Markthalle, Stand 39,
früher 36
nur im Keller.
Balda vorm. Fischer.

Oberste mein reichhaltiges Lager in
Zigarren von 10 P an
Zigaretten m. Goldmündstück v. 1 P an
Feinschnitttabake von 30 P an
und viele an geeigneten Zusätzen
E. Balda
Matzkauische Gasse 5a

Danziger Konzertvereinigung

Mittwoch, 28. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im Schützenhause
Letztes Synchronie-Konzert 1923/24
unter Leitung von Generalmusikdirektor Professor
Felix v. Weingartner
Programm:
MOZART: Synchronie G-Moll, WEINGARTNER:
4. Synchronie. BEETHOVEN: V. Synchronie C-Moll.
Karten zu G 8, 6, 4, 2 bei H. Lau, Langgasse, u. an d. Abendkasse.
1923

Pfeifen, Tabake und Zigarren
in billigsten Preislagen
Ernst Steinke,
Altstadt, Graben 21a.



Zum Sommer jetzt in allen Farben,
läßt „Servus“ keinen Schalk mehr stehen.

Gefragt
1-2000 Gulden
gegen Hausfälschung und hohe Zinsen auf 1 Jahr. Agenten werden. Angeb. unter V. 220 an d. Exped. der Volksstimme.

Hosen von 6.00 an
Einsegnungs-Anzüge 30.00
50.-, 42.-, 38.-
Herren-Anzüge 45.00
65.-, 55.-
Eleg. Herren-Anzüge 65.00
95.-, 85.-, 75.-
Hochlegante Herren-Anzüge 90.00
Ersatz für Maß 135.-, 120.-, 110.-
Schweden- u. Gummimäntel
spottbillig.
Bekleidungshaus London
2. Damm 10.

Wo kaufe ich am billigsten Herren-, Jünglings- u. Knaben-Anzüge, Gummimäntel mit Gurt, als Raglan u. eleganter Schwedenmantel gearbeitet, Schwedenmäntel in modern. Stoffen und allen Preislagen, Hosen jeder Art, Schloßerjacken u. -hosen, Sommerjacken und Arbeiterschuhe?
Nur in
STEIN'S
21 Konfektionshaus 21
Häkergasse 21
Herren Anzüge ... v. 26 G an
Schwed.-Mäntel v. 35 G an
Gummimäntel v. 46 G an
Hosen ... v. 4.50 G an
Einsegnungsanzüge in all. Größ. spottbillig!

Kredit
ist wieder da!
Bei kleiner Anzahlung können Sie sofort mitnehmen!
Eleganz
Damenmäntel
und
Herrenanzüge
Lange Brücke 9

Konten- und Spargenossenschaft für Danzig u. Umgegend
c. G. m. b. H.
Was will die Genossenschaft?
Sie erstrebt die Demokratisierung und bekämpft den Absolutismus in der Wirtschaft. Jeder Mitglied hat eine Stimme.
Sie betreibt freiwillige Sozialisierung, indem sie die Warenherstellung und -verteilung unter die Kontrolle der Konsumenten stellt.
Sie erstrebt die Bedarfswirtschaft und bekämpft die kapitalistische Profitwirtschaft.
Sie erstrebt die Ausschaltung des überflüssigen Zwischenhandels und die Verbilligung der Ware durch Abkürzung des Weges von der Produktionsstätte zum Konsumenten.
Sie stützt die Bereicherung des einzelnen aus und verteilt den Reingewinn nach Maßgabe der Beteiligung am Umsatz an die Konsumenten.
Zur Erreichung dieses Zieles sammelt sie, neben dem Geschäftsanteil von 40 Gulden, die Spargulden der Arbeiter, schenkt sie in Dollar gut und verzinst sie mit denselben Sätzen wie die Sparkassen.
Mitglied kann jeder werden, ganz gleich welchem Standes, welcher Parteizugehörigkeit und welcher Religion, sofern er bereit ist, an der Erreichung obigen Zieles mitzuarbeiten.

Weit unter Preis!
Herren-Anzüge tadelloser Sitz, elegante Form. 94, 82, 75, 68, 55, 48, 42, 36 u. a.
Herren-Hosen blau, schwarz, gestreift. 12.00, 10.00, 8.50, 6.75, 5.50 u. a.
Breeches-Hosen, Wurschen-Anzüge
Herren-Mäntel besonders billig!
Trotz der billigen Preise gebe 10% Rabatt.
Berliner Konfektions-Vertrieb
Jopengasse Nr. 27 Bessere Herrenbekleidung

Nähterin die auch etwas Schneider, nimmt auch außer d. Hauße Arbeit an. Angebote und V. 1253 an die Exped. der Volksstimme.
Damenkleider, Mäntel, Kostüme werden gutgehend u. billig angefertigt. Bestellungen: Jopengasse 11, 3 Tr.

Danziger Nachrichten

Sozialdemokratie und Gemeindepolitik.

Die enge jahrzehntelange Verbindung der Sozialdemokratie mit der Gemeindepolitik ist keine zufällige. Die Arbeiterklasse ist infolge ihrer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Stellung diejenige Klasse, die in erster Linie an einer Ausdehnung, an einem Aufbau und an dem Blühen der Tätigkeit der Gemeinden interessiert ist. Die Arbeit der Gemeinden ist mit der kulturellen und sozialen Aufwärtsentwicklung der Volksmassen aufs engste verbunden. Die Selbstverwaltung der Bevölkerung, die Möglichkeit, aus eigener Initiative Wertvolles zu schaffen, tritt hier am sinnfälligsten in die Erscheinung.

Die Sozialdemokratie hat nach dem Kriege, einerlei, ob sie in der Mehrheit oder in der Minderheit war, in dieser schwersten Zeit der Selbstverwaltung der Gemeinden, in der so vieles, was früher geschaffen war, unter den Schlägen der Inflation zugrunde zu gehen drohte, und an neuen Aufbau nicht zu denken war, überall ihre Aufgabe darin gesehen, die Gemeinden zu stützen, ihre Wirtschaft aufrechtzuerhalten und ihre finanzielle Not durch verantwortungsvolle Mitarbeit zu lindern. Diese Arbeit war in den letzten Jahren weder leicht noch dankbar. Die Inflation war für die Gemeinden ein übermächtiger Feind.

Heute ist die Wende zum Besseren bei den Gemeinden unverkennbar. Die Beteiligung der Inflation hat ihre Steuerkraft erhöht. Damit beginnt auch die Zeit, wo endlich der Gedanke der Selbstverwaltung für die Bevölkerung durch Leistungen fruchtbar gemacht werden kann. Aufbau, nicht Abbau der Gemeindegüter muß das Ziel der nächsten Jahre sein.

Die bürgerlichen Parteien sind einer solchen Aufgabe schon deswegen nicht gewachsen, weil die Interessenpolitik, die von den sogenannten Wirtschaftsklassen in ihren Reihen gefördert wird, ihnen jede objektive und vorurteilslose Dinge an das Gemeinwohl unmöglich macht. Sie wollen fast ohne Ausnahme keine Steuern bewilligen, die dem sozialen Aufstieg der breiten Massen direkt oder indirekt dienlich sein könnten. Die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden, die Einrichtung von Regiebetrieben, ist ihnen verhaßt. Die Entkommunalisierung war ihr Schlagwort in den letzten Jahren. Dabei können die Gemeinden nicht leben, wenn nicht ein gesunder, wirtschaftlich richtig fundierter und vorzüglich arbeitender Gemeindefinanzismus zum Leitmotiv der Gemeindepolitik gemacht wird, wenn sie nicht daran gehen, im Interesse des wirtschaftlichen Aufbaues sich selbst auch an wirtschaftliche Aufgaben heranzuwagen. Ihre eigene Wirtschaft erfordert Regiebetriebe aus rein finanziellen Gründen. Es ist ihre Aufgabe, der wirtschaftlichen Entwicklung zu dienen und das können sie nur, wenn sie selber sich wirtschaftlich betätigen oder sich an Wirtschaftsunternehmen gemeinsam mit dem Privatkapital beteiligen. Die bürgerlichen Parteien sind dieser Aufgabe nicht gewachsen, weil sie immer wieder, von Interessentenerwägungen gehemmt, Gruppeninteressen über das Interesse des Gemeinwohles stellen müssen. Es braucht in diesem Zusammenhang nur an die ungeheure Bedeutung der wirtschaftlichen Betätigung auf dem Gebiete des Wohnungsneubaus erinnert zu werden. Die bürgerlichen Gruppen werden diese Arbeit, die die Gemeinden leisten müssen, immer nur hemmen. So wie es der besonnenen Politik der Sozialdemokratie zu verdanken ist, daß sich die Gemeinden verhältnismäßig glimpflich in bessere Zeiten retten konnten, so wird es weiter ihre Aufgabe sein, die Gemeinden nicht von Privatunternehmern ausbeuten zu lassen, sondern ihre starken wirtschaftlichen Kräfte in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen und so auf ihre Weise und nach ihren Kräften die soziale Lage der arbeitenden Klasse zu heben.

Polizeiliche Erschwernisse für Kleinhändler.

Die Marktbesitzer des Langfuhrer Marktes haben seit Jahren das Recht, ihre Waren noch über die regelmäßige Marktzeit von 2 Uhr nachmittags hinaus bis 6 Uhr nachmittags laienmäßig auf der Bahnhofsstraße in Langfuhr feilbieten zu dürfen. Das Publikum hat sich auch hieran gewöhnt. Große Verwunderung mußte es deshalb unter den Ob- und Gemüsehändlern des Wochenmarktes in Langfuhr erregen, als neue Genehmigungen zum Feilbieten der Waren nach 2 Uhr nachmittags nicht mehr erteilt wurden und am Dienstag allen Marktbesitzern erklärt wurde, die bisherige Genehmigung sei aufgehoben, alle Stände müßten bis 2 Uhr nachmittags geräumt sein. Begründet wurde die Anordnung mit dem Hinweis, daß die Verkaufshände in der Bahnhofsstraße am Nachmittage ein Verkehrshindernis darstellen und außerdem die Reinigung der Bahnhofsstraße erschweren.

Der Verein der Ob- und Gemüsehändler von Langfuhr nahm gestern nachmittags in einer Versammlung im Kleinhammerpark zu dieser Anordnung des Polizeipräsidenten Stellung. Es wurde angedeutet, daß die angeführten Gründe nicht zureichend seien. Die Reinigung des Marktes sei bis jetzt morgens erfolgt und am Abend selbst durch die Marktbesitzer. Wenn die Verkaufshände am Nachmittage ein Verkehrshindernis darstellen, so müßte das auch am Vormittag der Fall sein. Viele Cafés hätten auf dem Bürgersteig Vorgärten aufgebaut, welche ein viel größeres Hindernis für den Verkehr darstellen. Die Steuerlast der Kleingewerbetreibenden sei so hoch, daß auf keine Einnahme verzichtet werden könnte. Es wurde eine Kommission von drei Mitgliedern gewählt, welche mit den zuständigen Stellen wegen Rücknahme des Verbotes verhandeln soll.

Die Anordnung hatte gestern unter Führung des Polizeipräsidenten Gebauer mit einem Vertreter des Polizeipräsidenten eine Besprechung, welche das Ergebnis zeitigte, daß die Anordnung bis zu Ende des Monats hinausgeschoben wurde. Der Vertreter des Polizeipräsidenten verbot, auf den Polizeipräsidenten dahin zu wirken, daß vom 1. Juni ab den Marktbesitzern zweimal in der Woche, Freitag und Sonnabend die Erlaubnis erteilt werde, von 2 Uhr bis 6 Uhr nachmittags auf der Bahnhofsstraße in Langfuhr ihre Waren feilhalten zu dürfen.

Laufende Rentenzahlungen durch Zerstörer. Vom 1. Juni 1924 ab läßt die Post- und Telegraphenverwaltung der Freien Stadt Danzig die laufenden Renten aus der Unfall- und Invalidenversicherung gebührenfrei durch die Zerstörer auszahlen, wenn die Empfänger den Postanstalten nachweisen, daß sie wegen Alters, Krankheit oder anderer Gebrechen die Rentenbeträge bei der Post nicht selbst abholen oder durch Familienangehörige oder andere zuverlässige Personen abholen lassen können. Nähere Auskünfte erteilen die Postanstalten.

Seim Baden ertrunken. In der Sommerzeit weisen die Spalten der Zeitungen fast täglich eine traurige Rubrik "Seim Baden ertrunken" auf. Die zahlreichen Unfälle, die sich jedes Jahr beim Baden im Freien ereignen, lassen allen eine dringende Mahnung sein, keine Vorsichtsmaßregel außer acht zu lassen, wenn man sich den kühlenden Bädern anvertraut. Auch jetzt sind schon wieder mehrere Badeunfälle zu verzeichnen. Am Freitagnach-

mittag büßte bei Stettin ein 17-jähriger Gymnasiast den Genuß eines Bades mit dem Tode. — Am 14. Mai ertrank beim Baden im Barnitz-Dunajskanal der Heizer Paul Frisch, 26 Jahre alt, vom dänischen Dampfer „Laofen“. — Am Sonntagnachmittag wurde am Strande bei Swinemünde die Leiche eines Mannes angetrieben und geborgen. Der Tote trug nur eine Schwimmhose, was darauf schließen ließ, daß der Mann beim Baden ertrunken war. Inzwischen ist festgestellt worden, daß der Tote der Obermatrose Meilen von der 4. Kompanie der Küstenwehr-Abteilung ist. — In Remel ertrank der 18 Jahre alte Franz Kuljurgis beim Baden in der Dauge.

Bereinigte Sozialdemokratische Partei Danzig.

In nachfolgenden Bezirken und Lokalen finden Bezirksversammlungen mit folgender Tagesordnung statt:

1. Bericht vom Parteitag.
 2. Kasienbericht vom 1. Quartal.
 3. Bezirksangelegenheiten.
1. Bezirk: Donnerstag, den 22. Mai, abends 7 Uhr, in der Hilfsschule Heilige-Geist-Gasse.
 2. Bezirk: Donnerstag, den 22. Mai, abends 7 Uhr, Handels- und Gewerbeschule.
 3. Bezirk: Donnerstag, den 22. Mai, 7 Uhr abends, Klein-Samerpark.
 4. Bezirk: Donnerstag, den 22. Mai, abends 7 Uhr, bei Claffen.
 5. Bezirk: Donnerstag, den 22. Mai, abends 7 Uhr, Schule Almodengasse.
 6. Bezirk: Donnerstag, den 22. Mai, abends 7 Uhr, in der Reichstädtischen Mittelschule (Eingang Gertrudengasse), Klassenzimmer 1 b.
 7. Bezirk: Donnerstag, den 22. Mai, abends 7 Uhr, bei Schönwiese.
 8. Bezirk: Donnerstag, den 22. Mai, abends 7 Uhr, in der Reichstädtischen Mittelschule (Eingang Gertrudengasse), Klassenzimmer 1 b.
 9. Bezirk: Donnerstag, den 22. Mai, abends 7 Uhr, bei Schönwiese.
- Bezirk Neufahrwasser: Donnerstag, den 22. Mai, abends 7 Uhr, in der Bezirksfabrikenschule Kirchenstraße.

Zahlreichen Besuch erwartet die Parteileitung!

Wähler von Brentau seid auf der Hut!

Am Sonntag, den 25. Mai sollen, wie in allen anderen Gemeinden auch in der Gemeinde Brentau neue Gemeindevertreter gewählt werden. Es haben hierzu Listen eingereicht: 1. die vereinigte bürgerliche Partei, 2. die Vereinigte Sozialdemokratische Partei, 3. die Kommunistische Partei. Brentau ist eine Gemeinde, die zum allergrößten Teil aus Industriearbeitern besteht, dennoch besaß die Arbeiterpartei bis zum Jahre 1919 keine Vertretung in dem Gemeindeparlament. Bei der Wahl 1919 wurden drei Vertreter der sozialistischen Partei und sechs Bürgerliche gewählt. Die Bürgerlichen hatten die Mehrheit; die von ihnen geleitete Arbeit ist dementsprechend. Das Schulwesen war schon vor dem Kriege ungeheuer schlecht; die Klassen waren überfüllt. Man beschaffte sich mit dem Ausbau der Schule, doch alles scheiterte an dem Starrsinn einzelner bürgerlicher Vertreter. So ist das Schulwesen bis zur Stunde ein ungelöstes Problem geblieben. Das gleiche Schicksal war auch dem Wohnungsbau beschieden. Die Gemeindeverwaltung von Brentau konnte sich nicht dazu entschließen, Baugelände anzukaufen, obgleich unsere Genossen immer und immer wieder darauf drängten. Schließlich kamen die bürgerlichen Gemeindevertreter auf den Gedanken, eine Siedlungsgenossenschaft zu gründen; damit die zahlreichen Erwerbslosen in Brentau durch Beschäftigung erhielten. Die Entlohnung sollte jedoch bei 12stündiger Arbeitszeit nicht höher sein, als die eines Bauarbeiters in achtstündiger Arbeitszeit. Unsere Genossen lehnten diesen Plan natürlich ab. Ganz besonders widmeten sich unsere Genossen der Armen- und Invaliden- und Krankenpflege, denn der Gemeindevorsteher Macholl hat es verstanden, die Vermittler der Armen mit schönen Redensarten abzupeilen; a. B. wurden für November und Dezember v. J. zwei Gulden Armengeld monatlich gezahlt. Versuche unserer Genossen hier Besserung zu schaffen, scheiterten zunächst an dem Widerstand des Gemeindevorstehers Macholl. Es wurde dann zwar der Beschluß gefaßt, den Erwerbslosen eine Wirtschaftsbeteiligung zukommen zu lassen, aber er ist nicht ausgeführt worden. Dem Vorhaben unserer Genossen ist es zu verdanken, wenn schließlich beschlossen wurde, den Ortsarmen eine Unterstützung in Höhe von 18 bis 24 Gulden monatlich zu gewähren.

Eine besondere Mangelerscheinung der Bürgerlichen ist das Abstreifen der Verammlungslokale. Unsere Genossen mußten ihre Versammlungen in den Nachbargemeinden oder unter freiem Himmel abhalten. Der Gemeindevorsteher Macholl spielte bei dem Abstreifen der Versammlungslokale eine unheilvolle Rolle. Am 27. Mai haben die Brentauer Wähler es in der Hand, mit dieser Interessenpolitik aufzuräumen. Alle müssen daran arbeiten, der Liste der Sozialdemokraten zum Siege zu verhelfen. Nur dann werden auch in der Gemeinde Brentau die Interessen der Arbeiter geschützt.

Einkäufe mit gefälschten Schecks. Der Maurer Bernhard Vint in Danzig-Strohberg ist mehrfach vorbestraft und hatte sich nun wiederum vor der Strafkammer zu verantworten. Er kaufte von einem Kaufmann einen Sack Mehl für 3000 Mark und bezahlte ihm den Betrag in drei Schecks. Der Kaufmann versuchte sofort bei der Bank wegen der Forderung der Schecks Nachfrage zu halten, doch bekam er keinen Anhalt. Er nahm die Schecks aber an und am nächsten Tage erfuhr er, daß sie keine Deckung hatten. Vint hatte sogar den Vornamen unrichtig geschrieben. Es stellte sich nun heraus, daß der Angeklagte die Schecks auf unautentisierte Weise erhalten hatte und die Formulare einem anderen gehöhlet worden sind. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen schwerer Urkundenfälschung und Rückfallbetruges zu 1 Jahr Zuchthaus, 300 Gulden Geldstrafe und 2 Jahre Ehrverlust.

Ein Verbrechen im Jächentaler Wald. In der Nacht vom Sonnabend zu Sonntag, gegen 1 Uhr, wurden im Jächentaler Wald Ausflügler, zwei Männer und eine Frau, von vier Personen überfallen und mit Messern bedroht. Während die beiden Männer von einem der Täter unter Bedrohung mit einem Messer in Schach gehalten wurden, wurde die Frau von dreien einen Abhang heruntergerissen und genötigt. Um sie am Schreien zu hindern, wurde sie von einem Täter gemurrt. Beamten der Schutzpolizei gelang es in Penetration eines der Überfallenen sämtliche Täter, die noch auf einer Bank im Walde saßen, festzunehmen. Es handelt sich um die Arbeiter Friedrich Czarnicki, Walter Sierakowski, Johann Nowak, sämtlich wohnhaft St. Michaelsweg 20, und den Arbeiter Paul Röße, wohnhaft St. Michaelsweg 33.

Schlechte Milch darf nicht verkauft werden. Nicht nur derjenige macht sich strafbar, der Milch verfälscht und verkauft, sondern auch derjenige, der Milch verkauft, die verfälscht ist. Der Milchhändler Bernhard Krüger in Danzig verkaufte Milch, die verwest war und wurde vom Schö-

fengericht zu 800 Gulden Geldstrafe verurteilt. Auf seine Berufung kam die Sache vor der Berufungsstrafkammer zur Verhandlung. Der Angeklagte machte geltend, daß er nicht gemerkt habe, daß die Milch verwest war. Das Gericht erkannte dahin, daß es Pflicht des Milchverkäufers sei, sich davon zu überzeugen, ob die Milch unverwest ist. Dieser Pflicht sei er nicht nachgekommen. Auch könne das Strafmaß nicht ermäßigt werden. Die Berufung wurde verworfen.

Gewerkschaftliches u. Soziales

Betriebsrätewahlen bei der Reichsbahn. Die Betriebsrätewahlen bei der Reichsbahn, die in diesen Tagen stattgefunden haben, ergaben, soweit bisher Resultate vorliegen, das überraschende Ergebnis eines nicht unerheblichen Rückganges der kommunistischen Stimmen. In Halle erhielt der Deutsche Eisenbahner-Verband (freigewerkschaftlich) 7972 Stimmen, und die Vereinigte kommunistische Opposition 1248 Stimmen. Bei den Wahlen der Werkstättenarbeiter in Sachsen haben die Kommunisten 3448 Stimmen erhalten, und damit gegen das Vorjahr 1000 Stimmen verloren. Im Bezirk Osten (Frankfurt a. d. O.) war das Wahlergebnis folgendes: D. E. V. 5864, Kommunisten 484. Am bemerkenswertesten ist der Rückgang der kommunistischen Stimmen in Dortmund, wo der D. E. V. im Betriebsrat 40 Sitze, die Kommunisten nur 2 Sitze erhielten. In Königsherga i. Pr., der bisherigen Hochburg der Kommunisten, erhielt der D. E. V. 3000 Stimmen, die Kommunisten dagegen nur 52 Stimmen. Auch in Leipzig und Berlin, besonders aber in Lichtenberg, dem bisherigen Rückhalt der Berliner oppositionellen Eisenbahner, ist ein starker Rückgang der kommunistischen Stimmen zu verzeichnen. Für den örtlichen Betriebsrat der Reichseisenbahn in Stettin erhielt der D. E. V. (freigewerkschaftlich) 71, der K. E. V. (Hirsch-Dunker) 4 und die Oppositionsliste der Kommunisten 5 Sitze. Dieser Wahlausfall bedeutet einen unumkehrbaren Sieg der freien Gewerkschaft und eine Niederlage der kommunistischen Gewerkschaftsführer. Das Ergebnis der Wahl zum Bezirksbetriebsrat in Stettin ist noch nicht feststehend. Es dürften noch etwa 6000 bis 7000 Stimmen ausfallen. Bis jetzt erstellten: D. E. V. 7500 Stimmen (11 Sitze) und die Sonderliste der Kommunisten 1288 Stimmen (3 Sitze).

Selbst in Mitteldeutschland abgewirtschaftet. Am 18. Mai tagte in Köthen die Bezirkskonferenz des Deutschen Metallarbeiterverbandes für die Gebiete Magdeburg, Halle, Merseburg und den Freistaat Anhalt, als deren Ergebnis eine überwältigende Niederlage der Kommunisten zu verzeichnen ist. Es wurde festgestellt, daß in einzelnen von den kommunistischen Leitungen misleiteten Verwaltungsstellen 52 bis 80 Prozent Mitgliederverluste zu verzeichnen waren. Der aus Kollegen der Amsterdamer Richtung bestehenden Bezirksleitung wurde mit übergroßer Mehrheit das Vertrauen ausgesprochen.

Der deutsche Arbeitsmarkt. Von 1 057 233 Arbeitern und Angestellten wurde nach dem Reichsarbeitsstatistik die Beschäftigung im Monat April für 31 Prozent als schlecht, für 38 Prozent als befriedigend und für 31 Prozent als gut bezeichnet. Die Zahlen für April 1923 und März 1924 (1 088 513 Arbeiter und Angestellte) sind 41, 31 und 22 bzw. 40, 35 und 25 Prozent. Die Ausschüsse für die nächste Zeit werden von den Betrieben bezeichnet als schlecht für 28 Prozent der Beschäftigten, als befriedigend für 29 und als gut für 30 Prozent. (13 Prozent ohne Angabe). Die Zahlen dürften jedoch durch die Vorkänge in der Industrie eine erhebliche Verschiebung erfahren.

Wirtschaftliches.

Preisrückgänge in der deutschen Textilindustrie. Auch in der Textilindustrie beginnen sich die Zweifel zu mehren, ob auf einen weiteren nennigen Verkauf des Absatzes zu rechnen ist. Vor allen Dingen erscheint es fraglich, ob die Aufträge der Textilfabriken, die die Beschäftigten bis zum Herbst oder Ende des Jahres sichern könnten, tatsächlich abgenommen werden; es wird von Fachleuten die Annahme eines großen Teiles der Aufträge für die Jahresmitte befürchtet. Der Auslandsbedarf scheint abgedeckt zu sein, und die Kontrakte der Verbraucher den schiefen Preisen nicht mehr nachkommen zu können. In Sachsen hat sich zurzeit das Geschäft in der Streichgarnspinnerei schon ganz erheblich vermindert. Neben Belgien tritt dort auch England als scharfer Konkurrent auf. Auch im Wollgarnhandel ist eine starke Zurückhaltung in der erteilung von Aufträgen eingetreten. In den Baumwollspinnereien hat die schlechte Nachfrage nach Garnen ganz erheblich nachgelassen. Es wird nur der notwendige Bedarf an Garnen gedeckt; allem Anschein nach hoffen die Weber auf ein Zurückgehen der Preise auf dem Baumwoll- und damit auch auf dem Wollmarkt. Die Nachfrage nach in Deutschland lagernden Wollen, Kammas und Kammwollen war befriedigend. In den Wollspinnereien war die Beschäftigung der Arbeiter nach wie vor schwierig. Der Ausfall der russischen Wolllieferanten bei steigenden Preisen mit Veräufeln Markt zurück. Die Sowjetregierung verhinderte sogar durch Erlaß eines Ausfuhrverbotes die Ausführung aller zu billigeren Preisen getätigten Abschlüsse. Die Nachfrage nach Feinwollen und auch nach größeren Feinen ist zurückgegangen. In der Wäscheindustrie hat der Eingang neuer Aufträge nach wie vor einen lebhaften Nachfrage.



Ämliche Börsennotierungen.

Danzig, 21. 5. 24
1 Dollar: 5,73 Danziger Gulden.
1 Zloty 1,11 Danziger Gulden.
1 Rentenmark 1,36 Gulden.
Berlin, 21. 5. 24
1 Dollar 4,2 Billionen, 1 Pfund 18,4 Billionen Mk.
Danziger Getreidepreise vom 21. Mai (Ämlich.) In Danziger Gulden per 50 Kg. Weizen 12,25-12,75, Roggen 9,00-9,10 Gerste 9,00-9,50 Hafer 9,00-0,00.

Verantwortlich: für Politik Ernst Loops, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Franz Adamat, für Inserate Anton Fooks, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag von J. Gehl & Co., Danzig.

Ohne Rücksicht auf den früheren Wert

verkaufen wir, soweit Vorrat reicht, gewaltige Posten Qualitätswaren aus dieser Saison
zu unglaublich billigen Preisen

Damen-, Herren-, Kinder - Bekleidung

Ein großer Posten

Woll- und Seiden-Kleider

elegante, moderne Ware,

teilweise bis zur Hälfte herabgesetzt

195.00, 45.00, 125.00, 98.00, **59.00**

Damen-Mäntel aus gutem Tuch, marine und schwarz	37.50
Damen-Mäntel aus guten, englisch gemusterten Stoffen, neue Formen	49.00
Damen-Mäntel aus Tuch und Covercoat, in vielen hellen Farben 98.00,	69.00
Damen-Mäntel aus vorzüglichem Covercoat, halb auf Seide gefüttert	125.00
Damen-Kostüme aus englisch gemusterten Stoffen, ganz auf Serge gefüttert	49.00
Damen-Kostüme aus dunkelbl. Cheviot, ganz auf Serge gefüttert, in neuen Fassons	69.00
Damen-Kostüme aus englisch gemusterten und einfarbigen Stoffen guter Qualität	89.00
Damen-Kostüme aus gutem Gabardine, moderne fesche Formen	125.00
Backfisch-Jacken aus guten Flanschstoffen, in vielen modernen Farben	39.00
Backfisch-Mäntel aus guten Tuchstoffen, fesche, jugendliche Formen	79.00
Kinder-Mäntel aus imprägnierten Stoffen, in allen Größen vorrätig Größe 60	24.50
Sakko-Anzüge reißwollene Qualitäten, gut verarbeitet, auch Burschengrößen	79.00
Sommer-Ulster modern, flotte Formen 98.00,	79.00
Sommer-Ulster einzelne Modellstücke 195.00,	145.00
Breeches-Hosen aus Wollstoffen und Manchester	19.75
Lüster-Sakkos blau und schwarz	19.50
Waschjoppen und reißwollene Sakkos in großer Auswahl 14.50,	13.50

Beachten Sie unsere Fenster

Walter & Fleck A.G.